Albrecht von Mainz und die Hinrichtung seines Dieners Hans Schenitz

Von Martin Brecht und Hans Kiefner

I Die Bedeutung des Gegenstandes und die Forschungssituation

Bei meiner Beschäftigung mit der Biographie Luthers bin ich auch auf dessen Schrift »Wider den Bischof zu Magdeburg, Albrecht Kardinal« aus dem Jahr 1539 gestoßen.[1] Sie setzt sich mit der 1535 erfolgten Hinrichtung von Albrechts Kämmerer, Hans (von) Schenitz,[2] auseinander und qualifiziert diesen Vorgang als Mord. Dementsprechend scharf hat Luther geschrieben. Die Lutherforschung hat von dieser Schrift verhältnismäßig wenig Kenntnis genommen, obwohl es sich dabei um eine seiner bedeutendsten »Stellungnahmen zu Fragen der Justiz, die weit über den konkreten Anlaß hinausweist«, gehandelt hat. Auf die Notwendigkeit einer neuen Untersuchung der Angelegenheit anhand der Quellen wurde von mir schon seinerzeit (1987) hingewiesen. Das war jedoch vor der Wende 1989 nicht ganz leicht zu bewerkstelligen, bietet aber jetzt keine erheblicheren Schwierigkeiten mehr.

Die Bewertung der Verurteilung von Schenitz war von Anfang an höchst strittig und schwankte zwischen den Qualifizierungen »rechtmäßige Verurteilung« und »Justizmord«. Die neuere Forschung einschließlich der Einleitung zu Luthers Schrift in der Weimarer Ausgabe hat sich weithin auf die Untersuchung des Magdeburger Staatsarchivdirektors Friedrich Hülße von 1889 gestützt.[3] Hülße beabsichtigte »ein dunkles Blatt in der Geschichte des Kardinals Albrecht [...], eines der Vorfahren unsres erlauchten Hohenzollerschen Fürstenhauses, auf Grund des vorhandenen Urkundenmaterials möglichst aufzuhellen«.[4] Bei Hülße als preußischem Staatsdiener erwies sich einmal mehr das dynastische Interesse als leitend, das schon sehr früh bei der Qualifizierung des Falles Schenitz geltend ge-

1 WA 50, (386-394) 395-431; vgl. Martin Brecht: Martin Luther. Bd. 3. S 1987, 91-100 und 390f, bes. 97 und 390, Anm. 3.

2 So die durchgehende Schreibung der Quellen; modernisiert begegnet auch die Schreibung Schönitz.

3 Fr[iedrich] Hülsse: Kardinal Albrecht, Kurfürst u. Erzbischof von Mainz und Magdeburg, und Hans Schenitz. Geschichtsblätter für Stadt und Land Magdeburg 24 (1889), 1-82.

4 Hülße: Kardinal Albrecht, ..., 1.

macht worden war. Dementsprechend interpretierte Hülße die Quellen gegen die vorangegangene Forschung parteilich apologetisch. So stellte er Albrecht als an der Verurteilung von Schenitz unbeteiligt dar, obwohl doch gerade Hülße aus den Materialien des Magdeburger Archivs wissen mußte, in welchem Ausmaß Albrecht bis zuletzt brieflich auf das Verfahren Einfluß genommen hatte. Man ist geradezu verwundert, was Hülße übergangen hat.[5] Für Hanns Freydancks »Geschichte der Halleschen Pfännerschaft«[6] steht unter Berufung auf die Darstellung von Hermann Rauchfuß[7] die Schuld von Hans Schenitz fest. Beide Autoren folgen dabei ohne weitere Reflektionen der Argumentation der erzbischöflichen Seite. Walter Delius (1899-1972) ist in seiner »Reformationsgeschichte der Stadt Halle a. S.« offensichtlich nicht hinter Hülße zurückgegangen.[8]

»Eine eingehende neuere Darstellung Albrechts fehlt«, stellte Gustav Adolf Benrath in seinem beachtlichen TRE-Artikel 1978 über ihn fest.[9] Für die Geschichte der frühen Neuzeit wie der Reformation bestand damit eine empfindliche Lücke, die sich erst recht bei intensiverem Nachdenken über die Rolle Albrechts bemerkbar macht. Daß dabei auch sein Verhältnis zu seinem Kämmerer in die Betrachtung einzubeziehen ist, ist nicht nur für das moralische Urteil relevant, sondern betrifft manche von Albrechts wichtigen Beziehungen und besagt nicht wenig über seine Verhaltensmuster. Die innerhalb einer Hohenzollern-Reihe erschienene Biographie von Manfred von Roesgen »Kardinal Albrecht von Brandenburg: ein Renaissancefürst auf dem Mainzer Bischofsthron« hat es sich in dieser Hinsicht einfach gemacht. Sie geht davon aus, daß Schenitz wegen bewiesener Unterschlagung gehenkt worden sei.[10] Das Verhältnis Luthers zu Albrecht von Mainz hat vor zwei Jahrzehnten schon einmal Scott H. Hendrix thematisiert.[11] Er war sich zwar des Gewichts des Gesamtthemas bewußt, reflektierte aber die Auseinandersetzung über die Verurteilung von Hans Schenitz nicht näher.

5 Hülße: Kardinal Albrecht, ..., 76. Schon Paul Redlich: Cardinal Albrecht von Brandenburg und das Neue Stift zu Halle (1520-1541): eine kirchen- und kunstgeschichtliche Studie. MZ 1900, 93, Anm. 2, stellte fest: »Doch scheint Hülße im Haupt-Staats-Archiv zu Dresden nicht sämtliche Akten über den Process des Schenitz benutzt zu haben.«

6 Hanns Freydanck: Geschichte der Halleschen Pfännerschaft. Bd. 2: Die Hallesche Pfännerschaft 1500-1526. Halle/Saale 1930, 25-30.

7 Hermann Rauchfuss: Hans von Schenitz. Hallischer Kallender 1917/1918. Halle/Saale 1917, 42-52.

8 Walter Delius: Die Reformationsgeschichte der Stadt Halle a. S. B 1953, 6. 63 f.

9 Gustav Adolf Benrath: Albrecht von Mainz (1490-1545). TRE 2 (1978), 184-187, hier 187, 36 f.

10 Manfred von Roesgen: Kardinal Albrecht von Brandenburg: ein Renaissancefürst auf dem Mainzer Bischofsthron. Moers 1980, 104 f.

»Zum 500. Geburtstag eines deutschen Renaissancefürsten« fand 1990 im Landesmuseum Mainz die Ausstellung »Albrecht von Brandenburg: Kurfürst, Erzkanzler, Kardinal 1490-1545« statt.[12] Zum Fall Schenitz wurde der gedruckte »Warhafftige bericht« von Anthon Schenitz über die zu Unrecht erfolgte Tötung seines Bruders Hans durch Kardinal Albrecht (Wittenberg 1538) präsentiert.[13] Der erklärende Text des Katalogs schließt: »Es könnte sein, daß man aus diesem Grunde (scil. reformatorischer Antipathie gegen Albrecht) es nicht ungern in Wittenberg gesehen hat, wenn dem geistlichen Oberhaupt der römischen Kirche in Deutschland, und das war der Mainzer Erzbischof als Primas Germaniae, ein menschlicher Fehler nachgewiesen werden konnte.« Mit dieser Unterstellung und ethischen Minimalisierung entledigt sich der Text der Tatsachenfrage und leitet den Betrachter auf ein falsches Gleis.

Aus Anlaß des Albrecht-Jubiläums wurde 1990 in Mainz darüber hinaus ein Symposium abgehalten, dessen Vorträge herausgegeben wurden.[14] Friedhelm Jürgensmeier bezeichnet Albrecht im Vorwort als Schlüsselfigur der Reformationszeit, meint jedoch, seine Persönlichkeitsstruktur sei nur schwer zu fassen und überaus facettenreich. Fraglos ist der umfangreiche Sammelband derzeit die gewichtigste Veröffentlichung zu Leben und Werk Albrechts, obgleich er die schlüssige Zusammenfassung nicht zu leisten vermag. Diese Aufgabe vermochten auch die am Schluß protokollierten drei Rundgespräche von Referenten und Experten nicht zu erfüllen.[15] Die Beiträge sprechen insgesamt zahlreiche interessante Themen an, ohne daß dies im folgenden vollständig referiert werden könnte. Lediglich auf einige für das Verständnis Albrechts tragende Aufsätze sei kurz eingegangen.

Gerd Heinrich hat den Deutungsaspekt »Kardinal Albrecht und das Haus Hohenzollern«[16] zutreffend hervorgehoben. Auf Albrecht ging es letztlich zurück, daß das Erzstift Magdeburg zur Hohenzollerschen Dependance wurde. Bernhard Lohse (1928-1997) berührte in seiner Beschreibung des Verhältnisses von Albrecht von Brandenburg und Luther«[17] zwar die Schenitzaffäre, vermochte aber nicht

11 Scott H. Hendrix: Martin Luther und Albrecht von Mainz: Aspekte von Luthers reformatorischem Selbstbewußtsein. LuJ 49 (1982), 96-114.

12 Albrecht von Brandenburg: Kurfürst, Erzkanzler, Kardinal 1490-1545/ bearb. von Horst Reber. MZ 1990. Der Katalog enthält zusätzlich drei Aufsätze.

13 Ebd, 148 (54).

14 Erzbischof Albrecht von Brandenburg (1490-1545): ein Kirchen- und Reichsfürst der Frühen Neuzeit/ hrsg. von Friedhelm Jürgensmeier. F 1991.

15 Erzbischof Albrecht von Brandenburg, 483-513.

16 Ebd, 17-36.

17 Ebd, 73-83.

sichtbar zu machen, in welch eminentem Ausmaß die beiden Kontrahenten sich zum Schicksal geworden waren. Die auffallenden Schwankungen Albrechts zwischen Ablehnung und Nachgiebigkeit auf die Herausforderungen Luthers sind für die Beurteilung der Persönlichkeit des Erzbischofs möglicherweise höchst relevant. Wie bereits im Ausstellungskatalog führt Horst Reber »Albrechts Begegnungen mit der Kunst vor«.[18] Albrechts Interesse und Sammelleidenschaft für Kunstobjekte und Pretiosen sind schwerlich zu überschätzen und machen einen wichtigen Zug in seiner Persönlichkeit aus, auch wenn er in späterer Zeit keine neuen Impulse mehr aufnahm. Die Kunstwerke aus dem privaten Bereich Albrechts sind dabei am aussagekräftigsten. Breit beschreibt Hans Joachim Krause das Verhältnis von »Albrecht von Brandenburg und Halle«, das zumindest eine seiner Lieblingsresidenzen war. Wichtig dürfte die Beobachtung sein, daß der Ausbau Halles in mancher Hinsicht nach dem Vorbild Wittenbergs erfolgte. In die Bautätigkeit Albrechts wird das Haus von Hans Schenitz am kühlen Brunnen (Nordseite des Marktplatzes) einbezogen, dessen Aufwendigkeit auch im Prozeß gegen Schenitz inkriminiert wurde.[19]

Eine offenkundige Lücke bei dem Symposium bestand darin, daß die Verwaltung und das Finanzwesen Albrechts nicht untersucht wurden. Dabei haben die finanziellen Bedürfnisse den ausgabefreudigen Erzbischofs zumindest von seiner Wahl in Mainz an bis zu seinem Lebensende noch mehr als andere hochverschuldete fürstliche Standesgenossen enorm bedrängt, wenn nicht sogar problematisch gesteuert, und das hatte bekanntlich seine gewaltigen kirchengeschichtlichen Auswirkungen. Teilweise ist diese Lücke mittlerweile durch Michael Scholz geschlossen worden.[20] Auf die Finanzen Erzbischof Albrechts wird allerdings nicht gezielt eingegangen. Infolgedessen werden auch die Probleme und Pointen des Falles Hans Schenitz nicht eigentlich erörtert.

Ferner fällt auf, daß man sich nach wie vor nicht gezielt darum bemüht hat, Albrecht aufgrund persönlicher Äußerungen und Zeugnisse – also sozusagen vom Originalton her – zu deuten. Auch deshalb bleibt der Erzbischof als Person und in seinem Wirken vielfach so blaß, förmlich und distanziert. Dabei stehen mit ei-

18 Erzbischof Albrecht von Brandenburg, 277-295. Ein sonst eher vernachlässigtes, aber wiederum auch hinsichtlich der Persönlichkeit Albrechts instruktives Thema arbeitet Sigrid von der Gönna: Albrecht von Brandenburg als Büchersammler und Mäzen der Gelehrten Welt (ebd, 381-477) auf.

19 Erzbischof Albrecht von Brandenburg, 296-356, bes. 347-352.

20 Michael Scholz: Residenz, Hof und Verwaltung der Erzbischöfe von Magdeburg in Halle in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts. Sigmaringen 1998, 102-105.

genhändig unterschriebenen und sichtlich auch mit eigenem Witz formulierten Briefen einschlägige Quellen durchaus zur Verfügung und sollten für eine deutende Annäherung genutzt werden. Auf diese Weise dürfte der beklagten Unsicherheit im Verstehen Albrechts beizukommen sein.

Nicht verschwiegen sei, daß bei der Planung des Symposiums auch angeregt wurde, dem Fall Schenitz als einem der auffälligsten und gerade darum auch für die Beurteilung wichtigsten Vorgänge während der Regierung Albrechts nachzugehen. Dies wurde jedoch nicht angenommen und auf die Behandlung des Themas somit verzichtet. Darum soll diese Aufgabe nunmehr aufgegriffen werden. Die heute sonst gern bevorzugte eher strukturelle als moralisierende und damit angeblich wissenschaftlich objektivere Behandlung der Fürstbischöfe stellt kirchenhistorisch, aber auch sonst eine unbefriedigende und verschleiernde Alternative dar. Wo es um den Vorwurf solchen Unrechts geht, wie er im Fall Schenitz erhoben wurde, möchte auch der historische Betrachter wissen, was es damit auf sich hatte und zu was der Hauptakteur fähig war.[21] Stoff und Thema sind jedenfalls bedeutend, so daß der Historiker vor einer beachtlichen Herausforderung steht.

Im Laufe der eingehenderen Bearbeitung des Themas hat sich gezeigt, daß für eine sachgerechte Behandlung rechtshistorische Spezialkenntnisse unverzichtbar sind. Ich danke Hans Kiefner, meinem Münsteraner Kollegen von der Juristischen Fakultät, nicht nur für Einsichtnahme in das umfängliche gedruckte Material und für guten Rat, sondern auch für die Einwilligung zum Abdruck seiner Beurteilung,[22] die sehr zu einer sachlichen Betrachtung des Falles Schenitz beitragen dürfte. Auf diese Weise ist es zu einer bemerkenswerten interdisziplinären Kooperation gekommen. Konsequenterweise erscheint der Beitrag unter dem Namen zweier Autoren.

II Die wichtigsten Quellen

Zum Fall Schenitz sind sowohl schriftliche als auch gedruckte Quellen vorhanden. Im Landeshauptarchiv Magdeburg findet sich – wie eigentlich auch zu erwarten – der Faszikel der »Acta Criminalia wider Hans von Schenitz wegen verübter grober Betrügereyen in Geschäften des Cardinals Erzbischof Albrecht

21 Als neueste Veröffentlichung sei die romanhafte Darstellung von Christina SEIDE; Kurt WÜNSCH: Ein Justizmord in Halle: Aufstieg und Fall des Hans von Schönitz. Halle 2000, wenigstens erwähnt. Der Titel läßt erkennen, wie der Fall beurteilt wird. Möglicherweise basiert der Schluß auf den Magdeburger Quellen.

22 Siehe unten Seite 75-86.

1534-1542«.[23] Das Sächsische Hauptstaatsarchiv Dresden besitzt zum einen, wiederum erwartungsgemäß, die damaligen herzoglich-sächsischen Akten »Handel zwischen Hansen von Schenitz, dessen Freundschaft und dem Cardinal und Erzbischoff zu Magdeburg etlicher entwandter Brieffe und Register halben 1535-1538«.[24] Kurfürst Albrecht[25] hatte Herzog Georg von Sachsen wegen der Abrechnungsunterlagen von Schenitz, die angeblich durch dessen (Leipziger) Verwandtschaft in Sicherheit gebracht worden waren, sowie wegen deren Beteiligung an den Finanzgeschäften von Schenitz eingeschaltet. Direkt daneben finden sich zum andern erstaunlicher Weise auch die kursächsischen Akten »Hans Scheniz und seine Erben belangend, welchen Scheniz Chur Maynz unverschuldet hencken lassen, darüber Herr Doctor Luther sehr geeifert [...] 1534-1538« einschließlich Luthers Korrespondenz mit Kurfürst Johann Friedrich darüber.[26] Außerdem liegt im Dresdener Archiv die aus Halle stammende anonyme »Summarische Beschreibung de anno 1513-1541 bel. Erzbischoff Albrecht zu Maynnz und Magdeburg Regierung, Item was fur erschreckliche todes und der gleichen felle sich mit ezlichen sein rethen und Dinern zugetragen, auch wie er seinen treuen Diener Hansen Schenitzen gelohnet, Item wie er mit den Churfursten zu Sachsen des Burggraffthums Magdeburg halben in Irrung gestanden und wie nach seiner Abreise die Lehre des Evangelii zu Halle in vollen Schwang gebracht.[27] Dem Fall Schenitz ist innerhalb des Berichts über die Regierung Erzbischof Albrechts in Halle sein Platz eingeräumt.

Gedruckt liegen zunächst drei Schriften vor, in die jeweils Dokumente zum Fall Schenitz aufgenommen worden sind. Sie beginnen mit »Warhafftiger bericht Anthonii Schenitz ...«[28] Dagegen gerichtet erschien »Warhafftiger gegrüntter

23 Landeshauptarchiv Magdeburg: I Erzstift Magdeburg 2, 190; dazu kommen noch einige weitere Akten (I Erzstift Magdeburg 2, 191; sowie 2, 15) und Urkunden (I Erzstift Magdeburg XXX, 23-25).

24 Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden: Geheimes Archiv Locat. 8948/19. Beiden Archiven sei für die Unterstützung meiner Nachforschungen gedankt.

25 Bei den Titeln Albrechts hat man die Wahl zwischen Erzbischof, der er in den Hochstiften Magdeburg und Mainz war, Kardinal, was seit 1518 sein kirchlicher Rang war, und Kurfürst zu Mainz. Die Quellen titulieren zumeist mit der kurfürstlichen Würde und nur selten mit einer der kirchlichen. Dem schließt sich die Darstellung an, sofern es der Zusammenhang nicht anders nahelegt.

26 Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden: Geheimes Archiv Locat. 8948/20.

27 Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden: Geheimes Archiv Locat. 8948/14.

28 Anthonius Schenitz: Warhafftiger bericht / wie sich die sachen zwischen dem Cardinal von Meintz etc. und seinem Bruder Hansen Schenitz zugetragen / und er vom Cardinal / on recht

kegenbericht der Magdeburgischen Stadthalters und heimverordneten Rethe«.[29] Den Vorwürfen und Argumenten von Anton Schenitz wurde in dieser Schrift durchgehend widersprochen. Als Erwiderung darauf erschien »Anthonij Schenitz Notwehre ...«[30]Bestritten wird grundsätzlich zum einen, »das der Cardinal gnugsame Indicia und vermutunge gehabt, Hansen Schenitz seligen zu torquiren und peinlichen fragen zu lassen. Zum andern, das die Artickel inn peinlicher frage und (wie sie sagen) hernach offentlich bekand zu seinem Tode und hencken sollen genugsam gewest sein«.[31] Dies wird teilweise mit zusätzlichen Dokumenten untermauert. Die Heranziehung lateinischer Rechtssätze läßt darauf schließen, daß an der Abfassung ein Jurist, vielleicht der Wittenberger Professor Sebald Münsterer († 1539) als Rechtsbeistand von Anton Schenitz, beteiligt gewesen ist. Die »Notwehre ...« hat keine weitere Erörterung gefunden. Immerhin sind ihre Dokumente von seiten Kardinal Albrechts aber auch nicht in Frage gestellt oder bestritten worden.[32]

Zu den den Fall Schönitz betreffenden zeitgenössischen Veröffentlichungen gehören ferner Luthers bereits erwähnte Schrift »Wider den Bischof zu Magdeburg, Albrecht Kardinal« (1539) und dazu einige Briefe Luthers in dieser Angelegenheit. Es gibt verstreut noch einzelne weitere einschlägige Dokumente, aber das für die Beurteilung des Falles bedeutsame Quellenmaterial ist hiermit benannt.

getödtet / und seine güter mit gewalt eingezogen / und zur unbilligkeit gehemmet wird etc. Wittemberg M.D.XXXVIII.

29 Warhafftiger gegrüntter kegenbericht der Magdeburgischen Stadthalters und heimverordneten Rethe / wider Anthonii Schenitz / jüngst zu Wittemberg ausgangen Schandtbuch, wie sich die sachen mit Hansen Schenitz seins brudern Rechtfertigung [Hinrichtung] zugetragen / Und wo mit er den galgen wol verdient hat / und jm an seinem leib noch gute / jnn dem kein unrecht geschehen sey. Magdeburg. M.D. XXXVIII.

30 Anthonius Schenitz: Notwehre / auff das ertichte Buch / unter Graff Philipsen von Mansfelt Stathalters / und beider Stiffte Magdeburg und Halberstad HofRhete namen ausgegangen. Wittemberg. M.D. XXXIX.

31 Schenitz: Notwehre ..., B3r.

32 Dies gilt übrigens gleichermaßen von den Dokumenten in Anthonius Schenitz: Warhafftiger bericht ... sowie von denen des Gegenberichts von Albrechts Statthalter und Räten. Diese Quellen werden darum als echt betrachtet und für die Darstellung herangezogen.

Hans Schenitz – auch der Familienname Schantz begegnet – gehörte von seinem Vater her zur Pfännerschaft in Halle, die an der Salzgewinnung beteiligt war.[33] Er soll nach der glaubwürdigen und unverdächtigen Darstellung seines Bruders Anton[34] samt deren Dokumenten, auf welche die Untersuchung zunächst angewiesen ist, seit 1520 mit Kurfürst Albrecht in Handelsbeziehungen gestanden sein und für diesen hochwertige Waren und Kunstgegenstände bis hin zu Kunstwerken von Frankfurt am Main und aus den Niederlanden besorgt haben. Darüber liegt eine von Albrecht selbst quittierte Abrechnung für die Zeit vom Jahr 1521 an vom 3. September 1526 vor.[35] Demnach hatte Schenitz im Lauf der Jahre bei verschiedenen Gelegenheiten und von unterschiedlichen Geldgebern nicht weniger als 46.523 Gulden erhalten. Die entsprechenden Ausgaben werden großzügig nicht spezifiziert, seien aber auf Befehl Albrechts »nützlichen und dancklichen ausgeben und uns der selbigen seiner Ausgaben trewliche und vleissige Rechnunge gethan, welche wir auch eigener person von yn gehört und gnediglich angenomen«. Das Geschäftsvolumen war demnach beträchtlich. Während die Herkunft der Schenitz überlassenen Summen immerhin noch nachvollziehbar ist, staunt man, daß auf eine Aufstellung über die Ausgaben verzichtet worden ist. Die Verwaltung des Erzbischofs ist dabei offenbar nicht eingeschaltet worden. Die besorgten – weitgehend dem Luxus dienenden – Waren dürften absichtlich nicht spezifiziert worden sein.

Eine weitere derartige Quittung Albrechts über 7.677 Gulden ist auf den 29. Oktober 1529 datiert.[36] Dabei war der Kurfürst Schenitz jedoch 4.250 Gulden schuldig geblieben. Hier deuten sich schon einmal Zahlungsschwierigkeiten Albrechts an. In diesem Zusammenhang wird anerkennend erwähnt, Albrecht sei gewahr geworden, daß Schenitz »bey den Kaufleuten hin und wider guten glauben [Kredit] gehabt und S.K.F.G[37] gelt auffzubringen gewust«. Der Kurfürst forderte Schenitz darum 1528 auf, sein »hofdiener« zu werden und verschrieb ihm 3.000 Gulden »angefel« [Anfallendes, Einkünfte], zahlbar innerhalb dreier Jahre, sowie die sonstigen Vergünstigungen eines Dieners.[38] Schenitz ist dann auch noch das

33 Freydanck: Geschichte der Halleschen Pfännerschaft, 25 f.
34 Schenitz: Warhafftiger bericht ..., B2r f.
35 Ebd, B2v-B4v.
36 Ebd, B4v-C1v.
37 Die vielfach gebrauchte Formel »Seiner kurfürstlichen Gnaden« oder ähnlich wird im folgenden nicht ständig aufgelöst.

angesichts der großen Baumaßnahmen Albrechts in Halle überaus anspruchsvolle Bauamt und damit eine weitere große unternehmerische Aktivität übertragen worden.[39] Die Baurechnung wurde allerdings von einem eigenen »Bauschreiber« geführt. Schenitz war aber dennoch an der Aufbringung der Mittel für den Bau beteiligt. Sein Bruder Anton nennt später die Summe von viertausend und etlichen hundert Gulden.[40]

Anton Schenitz deutete weiter an, daß sein Bruder »mit S.K.F.G. heimlichen geschefften und practiken beschwert und jnen eine merckliche summa auffzunemen und wiederumb außzugeben vermocht«. Mit Rücksicht auf des Kardinals fürstlichen Stand verzichtete Anton Schenitz jedoch darauf, dies auszubreiten. Lediglich eine weitere Quittung Albrechts vom 4. September 1531 legte er dafür vor.[41] Demnach beliefen sich die diversen Geldaufnahmen an unterschiedlichen Orten seit Mai 1530 auf die riesige Summe von 83.589 Gulden, 8 halben Batzen und 13 Pfennigen an Gold und Münzen.[42] Albrecht bescheinigte die Rechnungslegung von Schenitz und erkannte sie an. Die nicht weiter spezifizierten sonstigen Einnahmen und Ausgaben von Schenitz seit 1520 – allerdings abgesehen von der Baurechnung – quittierte Albrecht aufgrund der übergebenen Register »nach gnugsamer besichtigung« ohne Beanstandung generell merkwürdigerweise nochmals am 5. September 1531.[43] Dabei fällt auf, daß die Rechnungsanerkennung auch die bereits erfolgten Abrechnungen von 1526 und 1529 einbezog. Dennoch ist später, nach Beginn des gerichtlichen Verfahrens, von Schenitz eine neuerliche Generalabrechnung von 1520 an gefordert worden.

Einen Einblick, wie die Geschäfte Albrechts mit Schenitz gelaufen sind, erlaubt ein Brief des Kardinals aus Schweinfurt vom 3. Mai 1532, beginnend mit der

38 Schenitz: Warhafftiger bericht ..., C1v-C2v.

39 Redlich: Cardinal Albrecht von Brandenburg ..., 14* (Beilage 7), die Verlängerung der Anstellung als »Camerdiener und Bawmeister», 5. Januar 1531.

40 Schenitz: Warhafftiger bericht ..., C2v f.

41 Ebd, C4v-D2r.

42 Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang noch der folgende Passus: »auff den Sontag nach Egidij [3. September] von Ern Johann von Mariendorff, Thumherrn unser Kirchen zu Magdeburg, Heinrich von Krosigk, Heinrich von Heim und Georgen von Mariendorff als mit verordente vom ausschos auf unsere schult, davor gedachter Schenitz sich uns zu gute obligirt, empfangen«; ebd, D1v. Schenitz scheint sich also für die Summe verbürgt zu haben, die vom ständischen Ausschuß, der hier einmal in Erscheinung tritt, dann erstattet worden ist. Dies ist eine Spur, daß Schenitz durch seine Kreditgeschäfte für Albrecht tatsächlich auch mit den Ständen zu tun hatte. Anton Schenitz war später der Meinung, Albrecht habe seinen Bruder den Ständen geopfert.

43 Anthon Schenitz: Warhafftiger bericht, C3r f.

direkten Anrede »Lieber Schantz« [Schenitz].[44] Soweit sich erkennen läßt, hat Albrecht keinen anderen seiner Bediensteten so vertraulich angeredet. Dieser hatte an Einnahmen 4.000 Gulden »von dem Jüden« – vermutlich ein Darlehen von dem Juden Saul von Bingen – und 3.000 Gulden von Graf Albrecht von Mansfeld zu erwarten. Davon sollte Schenitz »zum allerersten« 2.000 Gulden »meinem nehern Schreiber« zuschicken, wohl zum laufenden Verbrauch. 5.000 Gulden sollten an den Goldschmied Benedikt Braunskorn († 1534) in Nürnberg gehen. Schenitz wurde ferner angewiesen, »allen vleis, das gelt zum Baw auffgebracht werde, fürwenden«. Woher diese Mittel kommen sollten, wurde nicht gesagt, wohl aber, was für Albrecht daran lag: »Denn solt ich davon lassen müssen, gedenck doch, was schimpfflicher rede, hohn und spot herrn und knecht draus erfolgen würde. Wer viel besser, das es nie angefangen, und würden die Eigenwillischen[45] frey das Euangelium wider uns allegiren von dem Narren, der den Baw anfing und kund jn nicht volbringen etc.«[46] Albrecht erkundigte sich sodann, wie es Schenitz auf dem »Leipzigischen Jahrmarkt« ergangen sei und wie es mit der Bezahlung und Arbeit des Meisters Hans Seidensticker [Beruf], ob er mit den verlangten Materialien Gold, Perlen und Seiden zufrieden sei. Ferner wollte Albrecht wissen, ob Meister Simon der Maler [von Aschaffenburg] mit den Arbeiten in seinem Haus und im Schloß vorangekommen sei. Die Fortsetzung lautet folgendermaßen:

> »Ob auch das bette aus dem Niderlande ankomen und der gestalt zu gericht, das es sich fur solch gelt sehen lesst. Auch wie es mit der Tapezerey ein gestalt hat, da du mir hast wollen von schreiben. Des gleichen, ob auch der Laborint[47] mit sampt den andern jungen bewmen alle geraten und beklieben.[48] Und wie es im andern Garten zum Newen werck stehe. Desgleichen mit allen andern gebewen, die du von meinet wegen jnn befelh hast. Daran erzeigstu mir einen besondern wolgefallen. Wolst auch die Hauben, davon du schreibest, wenn sie fertig mir zuschicken, und je das beste bey mir thun und mich nicht lassen. Was ich wider jnn leib und seel habe, sol dir auch zum besten sein.«

Man erhält hier nicht nur einen Eindruck davon, was Schenitz für den Kardinal abzuwickeln hatte, sondern auch, in welchem Klima dies geschah. Die Zusammenarbeit scheint auch zu einer engen persönlichen Verbindung geführt zu

44 Schenitz: Warhafftiger bericht, C3^{v}-C4^{v}.
45 Damit dürften die Evangelischen gemeint sein.
46 Vgl. L 14, 28-30!
47 Vermutlich handelt es sich um die Anlage eines Garten-Labyrinths.
48 zu wachsen, gedeihen beginnen
49 Redlich: Cardinal Albrecht von Brandenburg ..., 17*-30* (Beilage 9). Ob die Angaben vollständig oder von Anton Schenitz auswahlweise wiedergegeben worden sind, muß offenbleiben.

haben. Von den Kommissionen, die Hans Schenitz für Albrecht zwischen 1531 und 1534 auszuführen hatte, erhält man gleichfalls Kenntnis durch die später von Anton Schenitz angefertigten Auszüge aus den Rechnungen seines Bruders.[49]

Nach Anton Schenitz sei seinem Bruder klar geworden, daß solche »heimliche hendel und practiken« – gemeint waren wohl die erwähnten nicht immer einwandfrei ausgewiesenen Kreditaufnahmen sowie die verschwenderischen Ausgaben – »die lenge nicht verborgen bleiben und einen bösen ausgang gewinnen möchten«. Er habe deswegen »von diesen heimlichen practiken und hendel verschont« sein wollen. Vom Ausschuß und von der Ritterschaft beider Stifte, Magdeburg und Halberstadt, habe man ihn wissen lassen, »so der Cardinal sie als die Stiffts verwanten zur zeit bedürffte, so möchte sich das wetter mit ihm endern. Denn der Cardinal schube allen unglimpff[50] auf jn.«[51] Schenitz scheint von den Ständen bereits für die Finanzmanipulationen und für die Mißwirtschaft Albrechts verantwortlich gemacht worden zu sein. Er beklagte sich deswegen bei seinem Herrn und wies auf den künftigen Schaden und Schimpf hin, der ihm für seine treuen Dienste zuteil werden könnte. Der Bericht fährt dann folgendermaßen fort: »Es hat jm aber der Cardinal versprochen und zugesagt, was jm würde begegnen, das solle S.K.F.G. auch begegnen.«

Zur Dokumentation fügte Anton Schenitz einen Brief Albrechts – »mit eigener hand zugeschrieben« – vom 9. Januar 1532 in seine Darstellung ein.[52] Albrecht bedauerte darin die Klagen des »lieben Schantz«. Angesichts der nahenden Fastenmesse – mit ihren Zahlungsterminen[53] – ging es Albrecht jedoch vordringlich um etwas anderes: »Darumb wollest dich nicht so hoch bekümmern und thun, wie du kanst, es sey mit wechssel oder in andere wege, auff das dein und mein glaube[54] erhalten werde, in despectum Saturni,[55] soltu befinden, es wird dich nicht gerewen.« Um die Abzahlung einer älteren Rechnung von 7.000 Gulden an den Ausschuß wollte sich Albrecht bemühen; die Begleichung einer eben-

50 Unrechtes, Unehrenhaftes.

51 Schenitz: Warhafftiger bericht ..., $D2^{r}$ f.

52 Ebd, $D2^{v}$ f. Abgedruckt bei Redlich: Cardinal Albrecht von Brandenburg ..., 118* f (Beilage 27).

53 Unter anderem ging es um Zahlungen an den »Marggraven», wohl Markgraf Georg von Brandenburg-Ansbach (1484, 1527-1543).

54 Kredit.

55 Unklare Anspielung: Entweder bezeichnete sich Albrecht aus unbekanntem Grund selbst so oder er wollte Zweifeln am Kredit des Landesherrn vorbeugen. Im alten Rom wurde der Staatsschatz im Tempel des Saturn aufbewahrt. Ein weiterer Beleg für die Formulierung hat sich weder in mittelalterlichen Quellen noch in den »Adagia« des Erasmus von Rotterdam auffinden lassen.

so hohen Rate sollte Schenitz auf sich nehmen. Das Verfahren, daß Schenitz Rechnungen Albrechts gegen Quittung beglich, war früher von Schenitz vorgeschlagen worden. Für Schulden bei Schenitz konnte Albrecht vordatierte Schuldbriefe ausstellen. Man wird derartige Praktiken schwerlich als solide bezeichnen können. Albrecht gab denn auch zu: »Denn wir sind beide so tieff hinein, wir müssen mit einander hinaus oder zu spott werden.« Albrecht stand demnach finanziell unter schwerem Druck, so daß er in der Wahl seiner Mittel kaum bedenklich sein konnte. In dieser Situation mußte Schenitz herhalten und zwar nicht zum ersten Mal. Wie tragfähig die von Albrecht proklamierte Schicksalsgemeinschaft beider sein würde, war dabei keineswegs sicher. Eine künftige tragische Verwicklung war nicht auszuschließen.

Unter gleichem Datum gab es einen weiteren Brief Albrechts an seinen Kammermeister und an Schenitz, der sich auf die von den beiden mit dem Ausschuß und der Landschaft beider Stifte geführten schwierigen Verhandlungen wegen der Steuer bezog.[56] Der Erzbischof hielt sich salopp darüber auf, »Wie man euch auff das Affenseil gefürt etc. Het mich der handelung aller weniger als Himmels fall versehen«. Das klang weder nach hoher Achtung vor den Ständen noch nach ernsthafter Erfassung der Lage. Sogleich wurde auch wieder eine vermutlich erneut bedenkliche Maßnahme angeordnet: »Aber wie dem allen, auff das grosser unrat, desgleichen hohn und spott verhütet, trewe und glaube erhalten, So thut, wie jr künd, es sey mit wechssel oder jnn andere wege. Desgleichen wolt auch trachten, wie gegen der nehesten Fastenmeß glaube[57] mag erhalten werden.« Albrecht scheint also auch nicht vor so etwas wie Wechselreiterei zurückgeschreckt zu sein, um seinen Kredit aufrecht zu erhalten. Seine Bediensteten ließ er schließlich wissen: »und wollts je an eurm vleis und auch sonst an nichts erwinden [fehlen] lassen. Das will ich jnn besonderen gnaden gegen euch erkennen und die zeit meines lebens jnn allen güten nimer vergessen.« Auch diese Beteuerung klingt nachträglich problematisch hohl.

Hans Schenitz sollte keck und unverzagt gegenüber dem Ausschuß und der Ritterschaft Geld gegen Schuldbriefe fordern. Albrecht wollte ihn dabei schützen und ihm das nimmer vergessen. Dies wird durch einen weiteren vertraulichen Brief Albrechts vom 25. März 1532 belegt.[58] Das Anliegen könnte kaum dringlicher formuliert sein:

56 Schenitz: Warhafftiger bericht ..., D3^{v}f.
57 Kredit.
58 Schenitz: Warhafftiger bericht ..., E1^{r}f.

»und bitte auf das höchste, du wollest je das beste thun und mich jtzunder jnn der Meß nicht lassen mit dem, wie ich dir verzeichent, jnn betrachtung, wo es nicht geschehe, was vor schimpff, hohn und spot, dazu nachteil und schade mir daraus entstehen würde. Das wil ich die zeit meines lebens wider in allen gnaden gegen dich erkennen und inn gutem nimer vergessen. Denn jnn nöten erkennet man die rechte Freunde. Darum halte hart, und las es an nichts erwinden[59]. Denn die not vorhanden.«

Anton Schenitz betont, sein Bruder habe nur auf Wissen und Befehl des Kardinals gehandelt. Indem er dabei neben anderen den Ausschuß habe bedrängen müssen, habe er nicht umhin können, diesen »unlustig und auff jn verbittert« zu machen. »Denn es dem Cardinal umb gelt zuthun gewesen, darum er auch in meinen Bruder gedrungen.« Als Beleg wird ein weiterer eigenhändiger Brief Albrechts an den »lieben Schantz« vom 7. April 1532 inseriert.[60] Darin wird aufgeführt, wer von Albrechts Bediensteten welchen Auftrag zur Geldbeschaffung hatte. Schenitz erhielt unter anderem Anweisungen, woher er die Gelder für den Bau nehmen sollte. Der zentrale Satz des Briefes lautete diesmal: »Ich will Christen und Unchristen, Feinde und Freunde ansprechen, auff das glaube, trew und eher[61] erhalten. Dergleichen wolstu auch thun.« Es hat den Anschein, als ob Albrecht für die Aufrechterhaltung seines Kredits nahezu jedes Mittel recht war. Ein beigelegter Brief an den Kammermeister [Johann Jordan von Hertzheim?] läßt erkennen, daß der Ausschuß diesem so wenig vertraute wie Schenitz und dem Erzbischof selbst.[62] Der Ausschuß war verständlicherweise auch nicht an zügigen Verhandlungen mit einem Ergebnis interessiert. Albrecht fand dafür anschauliche Formulierungen:

»Dencken das feuer sey weit von jnen, sie erfindens nicht und künnen es wol abwarten. Et interim patitur dominus und kompt umb trew, ehre und glaube, und das künnen sie hertzlich und wol leiden, haben es ein besonder wolgefallen, sed patientia plus quam mala.«

Das Verhältnis Albrechts zu seinen Stiftsständen erscheint als nicht eben gut, wie dieser sich selbst bemitleidend feststellte. Der Kammermeister sollte sich anstrengen und nicht nachlassen. Sonst

»künd ich mich schwerlich der gedancken erweren, es were euch auch nicht alzu leid und jr kündets erleiden, het auch nicht sonderlich lust dazu, wi ich da vermercken würde, hette ich sorge, ich würde der Hacken einen andern stil finden.«

59 an nichts fehlen lassen.
60 Schenitz: Warhafftiger bericht ..., D4^{r}f; Teildruck bei Redlich: Cardinal Albrecht von Brandenburg ..., 119 (Beilage 27.2).
61 Ehre.
62 Schenitz: Warhafftiger bericht ..., D4^{v}f.

Dem Kammermeister wurde also unverhohlen mit dem Verlust seiner Stellung gedroht.

Für den Zeitraum vom Frühjahr 1532 bis Herbst 1534 fließen die Quellen spärlicher. Aus später zu erörternden einzelnen Dokumenten kann man allerdings schließen, daß sich das Geschäftsgebaren von Albrecht und Hans Schenitz nicht wesentlich verändert hat. Ein weiteres erhaltenes Schreiben Albrechts an Hans Schenitz datiert erst vom 24. Februar 1534. Es geht auf Schwierigkeiten ein, in die Schenitz wegen seiner finanziellen Verpflichtungen im Dienst Albrechts gekommen ist. Dieser konnte einiges bezahlen, war aber nicht in der Lage, für alle Forderungen sogleich aufzukommen. Er versicherte, Schenitz nicht stecken zu lassen, und war der Meinung, diesem eine ziemliche Summe und somit über die Hälfte seiner Forderungen bezahlt zu haben. Albrecht wollte wissen, wie hoch die Restforderung sei, und forderte Schenitz zu baldiger Rechnungslegung auf. Erwähnt wird unter anderem eine weitere Kreditaufnahme von 20.000 Gulden bei Bastel von Jessen[63] und einer Gruppe adliger Geldgeber um ihn, mit der auch Schenitz zu tun hatte. Vielleicht hatte er diesen Kredit vermittelt. Später ließ Albrecht die Echtheit auch dieses Schuldscheins anfechten.[64] Der Brief insgesamt erweckt den Eindruck, daß Albrecht selbst keinen Überblick über seine Verbindlichkeiten gegenüber Schenitz mehr hatte oder diese Schulden nicht wahrhaben wollte. Albrecht befand sich nach wie vor in finanziellen Engpässen und Schenitz war davon mitbetroffen. Ob das Verhältnis beider immer noch so eng war oder ob sich hinter der verlangten Rechnungslegung bereits ein aufkommendes Mißtrauen verbarg, läßt sich nicht entscheiden.

Die Korrespondenz zwischen dem Kardinal und Hans Schenitz läßt zum einen die engen Handelsbeziehungen erkennen, die zwischen beiden bestanden. Der Gegenbericht von Albrechts Statthalter und Räten behauptete, Schenitz habe nach einigen Dienstleistungen für den Kurfürsten sich dermaßen bei diesem »jnsinuirt«[65], daß er ihn als für die Finanzen verantwortlichen Kammerdiener angenommen habe.[66] Soviel ersichtlich ist, bediente sich Albrecht seines Kämmerers jedoch von sich aus intensiv. Als Bediensteter des Kurfürsten ist Hans

63 Sebastian von Jessen († 1535) war der uneheliche Sohn Kurfürst Friedrichs des Weisen von Sachsen.

64 Über die Schuldforderung Sebastians von Jessen, der hier nicht weiter nachgegangen wird, existiert im Landeshauptarchiv Magdeburg eine eigene Akte (Signatur: I Erzstift Magdeburg 2 Nr. 15).

65 eingeschmeichelt.

66 Warhafftiger gegrüntter kegenbericht ..., A4^{v}.

Schenitz sodann in die nicht enden wollenden finanziellen Schwierigkeiten seines Herrn verwickelt worden und ist darin seinem Herrn nach Kräften beigestanden. Dies war jedoch vielfach auf solide Weise nicht möglich. Albrecht hat seinem Diener riskante und dubiose Praktiken zugemutet, um auf jeden Fall seinen Kredit aufrecht zu erhalten. Die Dankesbeteuerungen dafür erwiesen sich nachträglich als wenig wert, weil es mit der Verläßlichkeit auch dann nicht weit her war. Ganz abgesehen von etwaigen dubiosen finanziellen Praktiken von Hans Schenitz zu seinem eigenen Vorteil, die sich in einem solchen Milieu nahelegen mochten, war der Diener von seinem Herrn zum Komplizen zweifelhafter Geschäfte gemacht worden. An guten und großen Worten und Versicherungen ließ es der Kardinal im Notfall nicht fehlen; selbst Drohungen waren bei der Hand. Wie verläßlich dies alles im Falle weiterer Pressionen sein würde, stand auf einem anderen Blatt und barg Gefahren in sich. Zum Charakter Albrechts dürfte gehört haben, daß er unter Druck nicht allzu bedenklich und verläßlich war. Gleichfalls ist festzustellen, daß von irgendwelchen Anstrengungen des hohen Herrn zur Beschränkung seiner Ausgaben nichts zu bemerken ist. Er dürfte seinen Aufwand für seinem Stand angemessen gehalten haben.

IV Gefangennahme, Haft und Verhöre von Hans Schenitz

Am Sonntag nach Egidii, 6. September, 1534 ließ Erzbischof Albrecht Schenitz auf der Moritzburg in Halle festnehmen und »uf einem behangen Wagen zum Giebichenstein in Verwarung« führen. Dort wurde er in der ehemaligen Silberkammer, also nicht in einem Verließ, wie später kritisiert wurde, untergebracht. Seiner Frau wurde als Grund angegeben, der Kurfürst fordere Rechnung »seines einnemens und ausgebens« und wolle danach anzeigen, was er wider ihn hätte.[67] Der Gegenbericht von Albrechts Statthalter und Räten gab später an, ein Fürst des Reichs habe den Kurfürsten darauf hingewiesen, daß Schenitz bei Kapitalgeschäften für seinen Herrn »schenckung« fordere, sonst verzögere sich die Rückzahlung.[68] Diese Anzeige könnte der Auslöser des Vorgehens gegen Schenitz gewesen sein.[69]

67 Landeshauptarchiv Magdeburg: I Erzstift Magdeburg 2 190, 2r.

68 Warhafftiger gegrüntter kegenbericht ..., Br.

69 Nach Schenitz: Notwehre ..., C1r f könnte es sich um Markgraf Georg von Brandenburg-Ansbach gehandelt haben. Aber die Auskünfte über fällige Rückzahlungen an seinen Vetter habe der Kardinal selbst festgelegt. Demnach hätte Hans Schenitz deswegen schwerlich verdächtigt werden können.

Jedenfalls dürfte Kardinal Albrecht nicht entgangen sein, daß sich seine Schuldensituation trotz der durch Schenitz geleisteten Zahlungen nicht entspannte, sondern verschärfte.[70] Offensichtlich hatte der Kurfürst anfänglich jedoch nicht vor, gegen Schenitz wegen eines Kapitalverbrechens vorzugehen.

Somit bestand zwar ein Verdacht gegen Schenitz, aber Beweise mußten erst noch beschafft werden. Dessen schriftliche Unterlagen waren nicht beschlagnahmt, sondern lediglich in seinem Haus in einem versiegelten Kasten sequestriert worden. Anton Schenitz brachte die Verhaftung seines Bruders in Verbindung mit Albrechts Abrechnung gegenüber dem Ausschuß der Stiftsstände, welche die Voraussetzung für die Bewilligung einer neuen Steuer gewesen sei. Für die Defizite habe Hans Schenitz als Sündenbock herhalten müssen.[71] Dies läßt sich nicht mehr verifizieren. Die erhaltenen Akten der Stiftsstände enthalten darüber nichts.

Alsbald nach der Gefangensetzung von Hans Schenitz schaltete sich dessen »Freundschaft«, das heißt seine Verwandtschaft und deren Anhang ein. Die wichtigste Persönlichkeit war dabei der Kaufmann Hieronymus Walther aus Leipzig als Schwiegervater von Schenitz.[72] Er wurde von dem mit ihm verwandten Leipziger Juristen Dr. Ludwig Fachs (1497-1554) beraten. Walther und seine Geschäftsfreunde waren außerdem im Besitz eines auf Erzbischof Albrecht lautenden Schuldscheins über 20.000 Gulden. Nach den Akten[73] ging es in den Wochen und Monaten nach der Gefangensetzung von Schenitz in den Verhandlungen seiner Freundschaft mit Albrechts Räten einerseits um die Forderung nach Rechnungslegung und andererseits um die Bemühung, Schenitz freizubekommen. Dabei scheinen sich die Räte in einer gewissen Beweisnot befunden zu haben, obwohl es für den Verdacht von Unterschlagungen durch Schenitz gewisse Anhaltspunkte gab. Aufschluß erhoffte man sich von den sequestrierten Papieren von Schenitz, aber an die kam man nur heran, wenn der Gefangene sowie seine Freundschaft kooperierten. Die Freundschaft schlug vor, Hans Schenitz unter Arrest in seinem Haus Rechnung legen zu lassen, und erbot sich, für etwaige Abmängel zu bürgen. Ge-

70 Schenitz: Notwehre ..., B3^{v}.

71 Schenitz: Warhafftiger bericht ..., E1^{v}-E2^{v}.

72 Konfessionell war Walther romtreu, der Hieronymus Emser (1478-1527) den Grabstein auf dem Frauenkirchhof in Dresden setzen ließ (WA 7, 677, Anm. 3), und zum Freundeskreis des Johann Cochlaeus gehörte (WA 26, 541, Anm. 4).

73 Landeshauptarchiv Magdeburg: I Erzstift Magdeburg 2 190,. 2^{v}-35^{r}. Die Position Albrechts dokumentiert sein Brief vom 20. Oktober 1534 an Hieronymus Walther und Konsorten; Warhafftiger gegrüntter kegenbericht ..., I III^{r} - I IV^{v}.

gen die Forderung einer Ausweitung der Abrechnung über das Jahr 1532 zurück bis 1520, obwohl für die ältere Zeit Abschlußquittungen Albrechts vorhanden waren, erbat die Freundschaft die Unterstützung des magdeburgischen Landtags zu Calbe. Sie wurde aber abschlägig beschieden. Auch die Landschaft bestand auf Abrechnung und Aushändigung der von Erzbischof Albrecht Schenitz vertraulich überlassenen Dokumente. Die Freundschaft wollte jedoch nicht mit den Papieren »das Schwerdt aus der Handt geben, damit ihr Freundt solde geschlagen werden«.[74] Direkte Kontakte der Freundschaft mit Hans Schenitz ließen die Beauftragten Albrechts nicht zu, was wegen zu befürchtender Absprachen einigermaßen verständlich erscheint. Auch den Vorschlag einer Rechnungslegung von Schenitz aufgrund seiner Papiere, aber im Beisein von zwei Personen der Freundschaft im Gefängnis ließ der Kardinal ablehnen und soll dabei mitgeteilt haben, »ob gleich mein Bruder mit der Rechnung bestünde, So wolt er jnen doch nicht los lassen, sondern seines willens mit im geleben«. Gegenüber den Landständen sei Hans Schenitz für Albrecht als Sündenbock der Geldverschwendung unverzichtbar gewesen, obwohl es bei der geforderten Schatzung um ganz andere Summen als die angeblichen Unterschlagungen von Schenitz gegangen sei.[75] Erst im Januar 1535 soll der Hauptmann von Giebichenstein, Hans von Teuchern, den Gefangenen bedrängt haben zu gestehen und dabei auch mit »qualt und Tortur gedrewet« haben. Schenitz hielt sich jedoch für unschuldig und ließ seine Freundschaft wissen, daß sie einem etwaigen erzwungenen Geständnis keinen Glauben schenken sollten.[76] Überblickt man die Vorgänge, gelangt man zu dem Eindruck, daß Kardinal Albrecht jedenfalls eine objektive, unparteiische Rechnungslegung nicht zugelassen hat, sondern Herr des Verfahrens bleiben wollte, in dem er jedenfalls auch seine eigenen parteiischen Interessen hatte.

Als die Freundschaft von Schenitz befürchten mußte, daß sie gegenüber dem Kurfürsten und seinen Beauftragten auf dem Verhandlungswege nichts erreichen konnte, wandte sie sich ungefähr im Oktober 1534 an das Kaiserliche [Reichs-] Kammergericht in Speyer. Hans Schenitz sollte die Rechnungslegung gestattet werden.[77] Obwohl der Kurfürst ein solches Verfahren »mit allerley Schrifft etlich

74 14. Dezember 1534 (Landeshauptarchiv Magdeburg: I Erzstift Magdeburg 2 190,. 42 f).

75 Schenitz: Warhafftiger bericht ..., E3^{v} f.

76 Ebd, E4^{v}-F1^{v}.

77 Das folgende nach Schenitz: Warhafftiger bericht ..., F1^{v}-F3^{r}. Das Archiv des Reichskammergerichts in Wetzlar besitzt keine Akten zu diesem Vorgang. Auch unter den an das Landeshauptarchiv Magdeburg abgegebenen Akten des Reichskammergerichts befinden sich keine einschlägigen Archivalien.

mal«[78] hintertreiben wollte, entschied das Reichskammergericht am 16. Januar 1535, daß Schenitz gegen Kaution binnen dreier Tage freizulassen sei. Dem Gericht war es darum zu tun, Schenitz, »damit er Rechnung thun, auch seine gebürlich gegenwehre gehaben müge, zu seinen Rechenbüchern komen [...] lassen«. Das Reichskammergericht gestand also Schenitz die Verteidigung gegen die erhobenen Vorwürfe aufgrund seiner Papiere zu. Der Kurfürst setzte sich jedoch über den Entscheid hinweg. Die Freundschaft erwirkte darauf ein Penal-Mandat des Reichskammergerichts vom 18. Februar 1535.[79] Demnach sollte Schenitz zur Rechnungslegung freigelassen »oder aber jnn solcher [rechtlich befristeter] zeit der sachen halb gebürlich Recht ergehen lassen«. Wegen dieser Wendung, die eine Verurteilung von Schönitz durch ein Gericht des Kurfürsten nicht ausschloß, verzichtete die Freundschaft auf eine Verkündigung dieses Mandats, schob aber eine weitere – nicht erhaltene – Klage und Appellation beim Reichskammergericht nach, so daß der Kurfürst mit dessen weiterer Intervention rechnen mußte. Nach seiner eigenen, wohl an sich gleichfalls vertretbaren Rechtsauffassung war er als Landesherr jedoch berechtigt, einen untreuen Diener vor sein Gericht zu stellen, ungeachtet dessen, daß er als Auftraggeber zugleich Partei war. Dies dürfte auch dem herrscherlichen Selbstbewußtsein Albrechts entsprochen haben.[80] Die gemeinsame tiefe Verwicklung von Herrn und Diener in undurchsichtige Finanzmanipulationen blieb dabei freilich außer Betracht.

In einem der an seine Frau aus dem Gefängnis gerichteten Kassiber ließ Hans Schenitz seiner »Freundschaft« einschärfen, nicht davon auszugehen,

> »das sie etwas jnn der güte von M[einem] H[errn] bringen, er lies mich mein lebenlang hier sitzen, Wer fur jn gut, dürffte nicht bezalen. Ich weis sein gemüt und hertz, was er anndern mit gespielt hat. Er verlesset sich auff seine gewalt, meinet, es sol jm stets geraten etc.«[81]

Demnach waren es die finanziellen Zwänge, die den Kurfürsten bestimmten. Danach traf er seine Entscheidungen in vermeintlicher Machtvollkommenheit. Mit dem Schlimmsten rechnete Schenitz freilich zunächst noch nicht. In einem späteren Kassiber war er sich jedoch im Klaren, »das ich nimer mehr werde frey sein«. Die zu erwartenden Beschwerungen und Auflagen des Kurfürsten würden

78 Nach Schenitz: Warhafftiger bericht ..., F2^{v}, war eines der Schreiben Albrechts auf den 9. November 1534 datiert.

79 Ebd, F3^{v}-G1^{v}.

80 Vgl. unten Seite 83-85.

81 Schenitz: Notwehre ..., E3^{v}. An der Echtheit der in der Wäsche von Schenitz herausgeschmuggelten Kassiber zu zweifeln, besteht so wenig Grund wie hinsichtlich der Authentizität der früheren Briefe Kardinal Albrechts an Hans Schenitz.

dies schwerlich zulassen. Deshalb wollte Schenitz lieber sterben; »ist besser ehrlich gestorben, denn schendlich vertorben [...], Als ich Gott lob nichts böses gethan, auch nicht verschuld.«[82] Als einen seiner Verleumder bezeichnete Hans Schenitz nunmehr den Secretarius Joachim Hoffman, der dann auch am Verfahren gegen ihn beteiligt war.[83] Schenitz scheint also in der Tat auch unter den Bediensteten des kurfürstlichen Hofes Widersacher gehabt zu haben. Er ging schließlich gar nicht mehr davon aus, daß Albrecht zu einer Vereinbarung mit seiner Freundschaft kommen wollte: »Summa, der Cardinal hat thun wöllen, wie es ihm gefallen, es sey recht oder unrecht. Es heisset: Sic volo, sic iubeo, sit pro ratione voluntas.«[84] Der Gefangene war überzeugt, daß Albrecht auf jeden Fall seine Interessen durchsetzen würde.

Zu jener Zeit muß es geschehen sein, daß Anton Schenitz die sequestrierten Papiere seines Bruders entgegen der gegenseitigen Absprache an sich nahm und zunächst nach Leipzig und sodann an seinen damaligen Wohnsitz im kursächsischen Eilenburg verbrachte. Möglicherweise verschärfte sich dadurch das Verfahren gegen Hans Schenitz, denn im Gegenbericht von Albrechts Statthalter und Räten wurde dazu vermerkt: »Es weren auch die sachen villeicht nicht dahin gereicht, dahin sie zu letzt komen.«[85] Kurfürst Albrecht ließ jedenfalls nunmehr aus seinen eigenen Unterlagen sowie aus Verhören von Schenitz eine Abrechnung rekonstruieren und diese zur Basis einer Anklage gegen seinen ehemaligen Kämmerer machen.[86] Die Rechtmäßigkeit eines gerichtlichen Vorgehens gegen einen untreuen Diener hatte sich der Erzbischof schon zuvor, wenn auch ohne Namensnennung, durch Gutachten vom 2. Oktober 1534 des Wittenberger Juristen Hieronymus Schurff (1481-1554), der sich deswegen später Luthers beißende Kritik zuzog, der Juristischen Fakultät der Universität Frankfurt/Oder und des Schöppenstuhls in Magdeburg bestätigen lassen.[87] Möglicherweise handelte es sich dabei um eine Abwehrmaßnahme gegen die Einmischung des Reichskammergerichts. Schurff erteilte in der Folgezeit auch noch weitere Ratschläge zum Verfahren gegen Schenitz.

82 Ebd, F2^{r} f.

83 »Datum am 9. Jener. No. 9», also wohl der 9. Kassiber vom 9. Januar 1535; ebd, F3^{r}.

84 Ebd, G1^{r}.

85 Warhafftiger gegrüntter kegenbericht ..., B IV^{v} f.

86 Landeshauptarchiv Magdeburg: I Erzstift Magdeburg 2 190, 45-50, darunter »Artickel so Hanßen Schenitz furtzuhalten«.

87 Landeshauptarchiv Magdeburg: I Erzstift Magdeburg 2 191 und XXX 23; vgl. ferner Warhafftiger gegrüntter kegenbericht ..., C1^{v} f. Vgl. unten Seite 85.

Zunächst scheint die Anklage nicht viel in der Hand gehabt zu haben. Vor allem Währungsmanipulationen wurden vorgebracht, die darin bestanden haben sollen, daß sich Schenitz Geldforderungen anstatt in Münzen in Gold habe ausbezahlen lassen. Was daran kriminell war, mag ein Wirtschaftshistoriker aufklären; schon damals war der Vorwurf nicht sonderlich überzeugend. Ferner sollte Schenitz Ringe an Albrecht überteuert weiterverkauft haben.[88] Für die Rückzahlung eines Kredits bei dem Juden Saul von Bingen habe er eine Provision verlangt. Dies brauchte beides nicht unbedingt kriminell zu sein; allenfalls ist dabei der Diener seines Herrn mit dem Kaufmann in Konflikt geraten. Für die Zurückhaltung bereits bezahlter Schuldbriefe dürfte es ebenfalls vernünftige Gründe gegeben haben. Unter Umständen mußte nämlich bei Geschäften nochmals auf frühere Vorgänge zurückgegriffen werden. Merkwürdig ist, daß den Artikeln folgende »Nota« angehängt ist: »Wen man mit Im von dissen artikeln gutlich ader mit der Scherpffe gehandlet, achtung uf jn zu haben, das er also verwart, das er an Im selber keinen schaden thun kann.« Diese Vorsichtsmaßnahme gegen einen etwaigen Selbstmord läßt darauf schließen, daß Schenitz bereits in diesen frühen Verhören erheblich zugesetzt worden ist.

In einem weiteren Verhör am 23./24. Mai 1535 wurde Schenitz nach seiner Unterstützung der Flucht des Juristen, Kammerschreibers und Ratsherrn Ludwig Rabe aus Halle vor der Gefangensetzung durch den Kurfürsten nach Leipzig und danach nach Wittenberg – zu Luther – befragt. Schenitz wollte jedoch mit Rabe wegen der Steuer, welche die Stadt Halle für Albrecht aufzubringen hatte, nichts zu tun gehabt haben. Ein weiterer Untersuchungskomplex galt einzelnen Kreditaufnahmen. Er habe »williglich, ahn eynicht marter bekannt«.[89] Am Schluß dieses Verhörs bat Schenitz: Nachdem er bereits so viel bekannt habe, daß, falls der Kurfürst nicht Gnade erzeigen wollte, es zur Strafe genug wäre und man ihn wegen der anderen Artikel, den Bau betreffend, ohne weitere Beschuldigung und »Peinlichkeyt«[90] verschonen und die Schärfe des Rechts gegen ihn nicht suchen, sondern Gnade erzeigen solle. Der Beschuldigte war also weich gemacht worden. Der Komplex »Bau« wurde dann aber doch nicht fallengelassen. Wie es den Anschein haben sollte, wurde Hans Schenitz bei den Verhören nicht gefoltert und peinlich befragt, sondern lediglich durch einen Scharfrichter mit diesen Maßnahmen zur Wahrheitsfindung bedroht, aber sicher ist das nicht.[91]

88 Nach Schenitz: Notwehre ..., C4r f waren die Ringe auf Kredit gekauft worden, wofür Hans Schenitz bürgte. Später habe der Verkäufer Herbrort ihm einen Nachlaß gewährt.

89 Ebd, 52-63.

90 Folter.

Das Verhör wurde am 30. Mai fortgesetzt »widderumb in gegenwertigkeit des Zuchtmeisters [...] in der guthe doch mit gewonlicher bedrawung«. Das Ergebnis war ein »bekenthnus«, das Schenitz auf jedem Blatt abzeichnete und siegelte. Abgesehen vom Rahmen stellte es bereits im wesentlichen das abschließende Geständnis dar, das dem eigentlichen Prozeß zugrundelag.[92]

Über die bereits aufgeführten Anklagepunkte hinaus wurden jetzt Betrügereien wegen der zu Schenitzens Besoldung gehörenden Hofkleidung genannt, sodann völlig überteuerte Lieferungen von Teppichen, Kleinodien und anderen Waren aus den Niederlanden.[93] Schenitz räumte auch weitere Provisionsgeschäfte ein. Am problematischsten dürfte wohl gewesen sein, daß Schenitz nicht nur als Kapitalbeschaffer Albrechts gehandelt hatte, sondern heimlich auch sein Gläubiger geworden war, der von seinem Herrn hohe Zinsen einstrich. Inwiefern Schenitz aber gar nichts anderes übrigblieb, als auch die Rolle des Kreditgebers für seinen geldbedürftigen Herrn zu übernehmen, steht auf einem anderen Blatt. Daß Albrecht derartige Geschäfte seinem Kämmerer zugemutet hat, zeigen seine früheren Briefe. Um ein derartiges Darlehen dürfte es sich auch bei der Schuld von 20.000 Gulden bei Hieronymus Walther und Konsorten gehandelt haben.

Übervorteilungen seines Herrn bei Wechselgeschäften wurden von Schenitz im Verhör gestanden, wobei unbekannt ist, unter welchem Druck er dabei stand. Er räumte auch die Annahme von Geschenken wie Marderfellen, goldenen Tüchern und Zobelfellen ein. Generell gab Schenitz schließlich zu, daß er seinen eigenen Hausbau zusammen mit den Baulichkeiten seines Herrn finanziert habe. Insgesamt wurde die Summe der Unterschlagungen auf 50.000 Gulden berechnet.

91 Vgl. Warhafftiger gegrüntter kegenbericht ..., C II^{v}.

92 Landeshauptarchiv Magdeburg: I Erzstift Magdeburg 2 190, 65 f. 67-72. Das Bekenntnis lag sichtlich auch weithin dem von dem Notar Wolfgang Kellner ausgestellten Notariats-Instrument über die »Aussage Hansen Schenitzen, Bürger zu Halle, über die geschehene Ausführung einiger von Kardinal Albrecht ihm aufgetragenen Geldgeschäfte um deren [...] er gefenglich eingezogen worden» vom 19. Juni 1535 zugrunde, aber ohne Gegenzeichnung von Hans Schenitz; Landeshauptarchiv Magdeburg: I Erzstift Magdeburg XXX 24 Libell Pergament. Im Gegenbericht von Statthalter und Räten Albrechts sind die »Artickel aus Hansen Schenitz bekentnus» gleichfalls weithin vollständig abgedruckt worden; C II^{v} - D III^{v}. Das erneute Geständnis, welches das Notariatsinstrument fixiert hat, erwähnt Warhafftiger gegrüntter kegenbericht ..., D IV^{r}.

93 Schenitz: Notwehre ..., H2^{v}-H3^{v}, zitiert einen Kassiber von Hans Schenitz an seine Frau, nach dem Albrecht ihn gedrungen habe, in Antwerpen eingekaufte Teppiche, die dieser mit erheblichem Aufpreis anderweitig weiterveräußern wollte, ihm zu überlassen. Schenitz habe den Preis nicht heruntergesetzt, da zu erwarten war, daß er erst nach Jahren sein Geld erhalten würde.

Das Geständnis hinterläßt einen zwiespältigen Eindruck. Auch abgesehen davon, daß unklar ist, unter welchem Druck es zustandegekommen ist, sind die einzelnen Punkte der Anklage sehr ungleichgewichtig. Es bleibt unklar, was übliche kaufmännische Usance und was kriminelle Übervorteilung war. Dasselbe gilt von den Gewinnmitnahmen. Besonders undurchsichtig wurde mit den Krediten und Schuldaufnahmen verfahren. Ein solides Finanzgebaren praktizierten somit wohl weder der Kardinal noch sein Finanzmanager. Ein Urteil zu fällen, erweist sich als schwierig. Es ist nicht auszuschließen, daß Schenitz den Rahmen erlaubten Geschäftsgebarens überschritten hat. Wahrscheinlich reichten die Delikte nominell zu, um ihm damals den Prozeß zu machen. Insofern wird man sich mit der eigenen Kritik am Prozeß gegen Schenitz und an seiner Verurteilung zurückhalten müssen. Aber da sein Herr ihm Zusagen gemacht hatte und teilweise auch sein Komplize war, da sich zudem auch manches zur Verteidigung von Schenitz vorbringen ließ, hätte man erwarten können, daß Albrecht Zurückhaltung geübt hätte. Für die umfassende Beurteilung der Rolle Albrechts in dieser Angelegenheit wird man auch deren Fortgang einbeziehen müssen.

Der Gegenbericht von Statthalter und Räten unterfütterte das Geständnis von Schenitz mit einem gleichzeitigen Brief von diesem an Albrecht, der bereits vom 24. Mai stammte.[94] Der Brief räumte alle Vorwürfe nochmals ein. Er bringt dabei keine neuen Argumente und Formulierungen. Der Skopus ist zunächst, Albrecht möge Gnade vor Recht ergehen lassen und Schenitz von öffentlicher Schmach oder ewigem Gefängnis verschonen. Ferner erbot sich Schenitz zur Erstattung seiner Unterschlagungen. Sofern sein Vermögen dazu nicht ausreichen sollte, bat er um Nachlaßs. Irgendwelche Mittel für seine Frau und Kinder wurden dabei nicht reserviert. Es wird sich noch zeigen, daß Albrecht an solch einem Erbieten der Erstattung sehr interessiert war. Weil der Brief so sehr den Wünschen des Kurfürsten entgegenkam, bleiben erhebliche Zweifel, ob er aus freien Stücken geschrieben worden ist.[95] Bald nach dem Geständnis hat Schenitz aus Verzweiflung versucht, sich »mit einer Quell[96]« zu erhängen, denn »es wer ehr, leib und gudt dahin«. Darauf wurde eine Wache in sein Gefängnis gelegt.[97]

Nachdem Schenitz gestanden hatte, forderte er seine Freundschaft ebenfalls am 24. Mai 1535 auf, seine Papiere herauszugeben. Diese lehnte am 30. Mai schon im eigenen Interesse ab. Die Rechnung könne nicht im Winkel, ohne Beisein der

94 Warhafftiger gegrüntter kegenbericht ..., D IV^{v} - E I^{v}; der Brief befindet sich nicht bei den Verfahrensakten.

95 Schenitz: Notwehre ..., K4^{r}, bestreitet ebenfalls die Echtheit dieser Briefe.

96 Tuch.

Freundschaft kontrolliert werden.[98] Kurfürst Albrecht sandte in dieser Sache und wegen seines angeblichen Schuldbriefs bei Hieronymus Walther und Konsorten Anfang Juni und später nochmals den Hauptmann Hans von Teuchern zu Herzog Georg von Sachsen. In der gleichen Angelegenheit wurde der Fiskal Mag. Wolfgang Kellner nach Leipzig geschickt.[99] Herzog Georg ließ Hieronymus Walther zeitweilig gefangensetzten.[100] Er mußte jedoch wieder freigelassen werden, weil er nicht im Besitz der Papiere von Schenitz war. Den Schuldbrief hielt Herzog Georg für echt. Über die Tilgung des Schuldbriefs boten Walther und Konsorten Moratorien an. In einem Brief vom 12. Juni an Herzog Georg zeigte sich Albrecht überzeugt, weder Georg noch sonst jemand werde es ihm verdenken, »ab[101] wir [...] mit Schenitzen, wie sich in ein solchen offentliche Ubelthat geburt, fortfaren und uns nit lenger konten uffhalten lassen.«[102] Die Verurteilung von Schenitz wegen erwiesener Delikte stand für Albrecht nunmehr fest, von irgendwelchen Zweifeln deswegen ließ er sich nichts anmerken.

Das Geständnis von Schenitz hatte keine zureichende Klarheit geschaffen, wie es sich mit den Schuldbriefen Albrechts verhielt. Auf dessen Weisung holte Schenitz dies in einem besonderen Brief vom 2. Juni 1535 nach.[103] Bei dem Handelshaus Pimmel in Augsburg hatte Schenitz einen Kredit von 10.000 Gulden aufgenommen, der zwei Jahre später mit der kaiserlichen Pension des Erzbischofs von 20.000 Gulden getilgt werden sollte. Ausbezahlt worden waren jedoch lediglich 5.000 Gulden, den Rest hatte Schenitz gegen Forderungen verrechnet, die er an den Erzbischof hatte. Die Transaktion dürfte kein gutes Geschäft für Albrecht gewesen sein. Von dem zweijährigen Kredit bei Hieronymus Walther und Konsorten über 20.000 Gulden hatte man vorweg 4.000 Gulden als »Interesse«, das heißt 10% Zinsen, abgezogen. Insgeheim habe es sich dabei um bereits gegenüber Schenitz bestehende Schulden gehandelt, weshalb Albrecht auch überhaupt kein bares Geld bekam.[104] Daß der auf Walther und Konsorten ausgestellte Schuld-

97 Warhafftiger gegrüntter kegenbericht ..., D III^{v} f.

98 Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden: Locat. 8948/19: der Brief von Schenitz findet sich im Warhafftiger gegrüntter kegenbericht ..., E I^{v} f.

99 Landeshauptarchiv Magdeburg: I Erzstift Magdeburg 2 190, 74-108.

100 Der Landesherr stellte sich also nicht vor sein Landeskind, sondern entsprach dem Ansinnen Albrechts. Möglicherweise war dies bedingt durch die konfessionelle und dynastische Konkurrenz mit Kursachsen, wo sich Anton Schenitz aufhielt.

101 ob im Sinne von »für den Fall, daß«.

102 Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden: Locat. 8948/19.

103 Warhafftiger gegrüntter kegenbericht ..., E II^{v} - E IV^{r}.

104 Schenitz: Notwehre ..., J3^{v}-J4^{v}, erläutert den komplizierten Vorgang, den Hans Schenitz am 24.

brief eigentlich Schenitz gehörte, wurde von Walther allerdings nicht eingeräumt. In einem Darlehen von 32.000 Gulden der Nürnberger Firma Furtenbach waren 12.000 Gulden samt Zinsen versteckt, die Schenitz zuvor schon dem Kurfürsten vorgestreckt hatte. Von einer gegenüber Wilhelm Reiffenstein bestehenden Schuld belief sich der Anteil von Schenitz auf 4.000 Gulden samt Zinsen. Auch in diesem Fall hatte er so erfolgreich versucht, Kapitalien, die er Albrecht vorgestreckt hatte, wieder hereinzubekommen.[105] Ähnlich verfuhr Schenitz mit einem Darlehen von Ulrich Rauscher in Halle, bei dem er von 10.000 Gulden 6.000 Gulden samt Zinsen für sich vereinnahmte. Der Brief gibt eine Vorstellung, wie sich Schenitz unter der Hand die Gelder mit Gewinn zurückholte, die er seinem finanziell klammen Herrn vorgestreckt hatte. An den Kapitalgeschäften mit den Handelshäusern Pimmel und Walther scheint Schenitz kräftig verdient zu haben. Von dem Brief, der dies alles gestand, gilt allerdings dasselbe wie von demjenigen vom 24. Mai an den Kurfürsten: Es ist nicht sicher, ob er aus freien Stücken geschrieben wurde, oder die Dinge so darstellte, wie es Albrecht genehm war. Dem Gegenbericht der magdeburgischen Statthalter und Räte stand jedenfalls außer Zweifel, daß die Handlungen von Schenitz »henckens werd« gewesen seien.[106] Hieronymus Walther hingegen widersprach der Darstellung von Schenitz am 3. Juni umgehend und erklärte sich lediglich bereit, für den auf ihn und seine Konsorten lautenden Schuldbrief Albrechts die Hälfte des Zinssatzes (5 %) zu nehmen.[107] Die Diskrepanz der Aussagen von Schenitz und Walther war mit ein Grund dafür, weshalb Albrecht Herzog Georg von Sachsen einschaltete. Dessen vermutlich unzutreffende Nachforschungen ergaben, daß der Schuldbrief doch nicht echt, sondern eine Machenschaft von Schenitz und Hieronymus Walther sei. Die Zinszahlungen seien deshalb zu Unrecht erfolgt. Hieronymus Walther wurde daraufhin mit Gefängnis und einer Geldbuße bestraft.[108] Ob die Ermittlun-

Dezember 1533 abgerechnet habe. Später kommt Schenitz: Notwehre ..., M2^{v}-N2^{v}, darauf zurück. Anthon Schenitz konnte dabei mehrere Briefe Albrechts unter anderem vom 17. und 19. Mai 1534 präsentieren; ebd, M2^{v}-M3^{v}, aus denen hervorging, daß der Kardinal entgegen seinen späteren Auslassungen – selbst gegenüber Herzog Georg von Sachsen – über das Kreditgeschäft sehr wohl Bescheid gewußt hatte. Das Verhalten des Kardinals kann in dieser Hinsicht nicht anders denn als unverfroren bezeichnet werden. Als Opfer mußte Hans Schenitz herhalten. Die Quittungen Albrechts entlasteten Hans Schenitz offenkundig; Schenitz: Notwehre ..., N4^{v} f.

105 Schenitz: Notwehre ..., J2^{v} f, druckt zu dieser Angelegenheit einen Brief Albrechts vom 15. Oktober 1533 an Hans Schenitz ab, wonach dieser das Darlehen auf seinen Kredit zu einer bereits bestehenden Schuld hinzu übernehmen sollte.

106 Ebd, E4^{v}.

107 Ebd, F1^{r} f.

108 Herzog Georg an Albrecht, 24. Mai 1537; ebd, F1^{v}-F3^{v}.

gen der Sache ganz auf den Grund gekommen sind, bleibt überaus fraglich. Anton Schenitz wies später in der »Notwehre ...« darauf hin, daß sein Bruder mit seinem Kredit oft für Kapitalaufnahmen Albrechts einstehen mußte.[109] Wenn aber nicht tatsächlich zu erweisen war, daß Schenitz sich an den Kreditgeschäften seines Herrn unrechtmäßig bereichert hatte, stand die Anklage gegen ihn auf wackligen Füßen. Aber die Entscheidung darüber lag bei Albrecht.

V Das eigentliche Gerichtsverfahren und die Hinrichtung von Hans Schenitz

Ungefähr Mitte Juni 1535 erteilte Albrecht seinen Räten Instruktionen wegen des Verfahrens gegen Schenitz. Dabei war ihm sehr an einer Zusage des Delinquenten die Restitution der unterschlagenen Gelder betreffend gelegen. Zugleich wurde den Räten befohlen, sich um einen geschickten Redner [Prozeßführer] zur peinlichen Anklage zu bemühen. Diesem sollten die Räte »gute Information und Bericht« geben, falls sich vor Gericht jemand Schenitzens annehmen würde, »das ehr dem mit guthem gegrundten beschaidt« begegnen möchte. Am 17. Juni reagierten der Hauptmann Hans von Teuchern, der Jurist Dr. Heinrich Eberhausen und der Sekretär Joachim Hoffman auf die Anweisungen Albrechts. Sie regten nunmehr noch eine Untersuchung der Unterschlagungen von Schenitz beim Bau an, was dann auch erfolgte. Ferner legten sie den Entwurf einer Anklage vor.[110]

Bis zu diesem Zeitpunkt ist nur gelegentlich eine Befassung Kurfürst Albrechts mit dem Verfahren gegen Schenitz bemerkbar. Aber schließlich griff er doch mit einem umfänglichen, von ihm unterzeichneten Schreiben an die Räte aus der magdeburgischen Stadt Schöningen vom 19. Juni in bemerkenswerter Weise in die Planung des auf den 21. Juni angesetzten peinlichen Gerichtstages ein.[111] Albrecht bedankte sich zunächst für die mit Fleiß durchgeführten Verhöre wegen der Unterschlagungen von Schenitz im Zusammenhang mit dem Bau. Der Kurfürst stellte sodann umständliche Erörterungen wegen eines geeigneten »Vorsprechers«[112] an. Der von ihm vorgesehene Halberstadter Hauptmann Heinrich

109 Beispielsweise bei einem Darlehen von 6.500 Gulden von Wilhelm Mertz, Augsburg; Schenitz: Notwehre ..., C2^{r}-C3^{v}. Dafür konnte Schenitz sogar eine Schadloserklärung Albrechts vom 20. Juni 1532 sowie Briefe von Mertz vorlegen.

110 Landeshauptarchiv Magdeburg: I Erzstift Magdeburg 2 190, 110-138. Unter einem der Verhöre steht durchgestrichen: »Sic transit gloria mundi«; ebd, 124^{r}.

111 Ebd, 139^{r}-143^{r}.

112 Prozeßführers, Anklägers.

von Heym / Hoym konnte nicht rechtzeitig eintreffen. Außerdem hieß es von ihm auch, »das ehr so gar von den geschicksten nitt sein soll«. Die Räte sollten darum für einen Vorsprecher sorgen, und der Fiskal Mag. Wolfgang Kellner sollte diesem beistehen

> »und Ihme befehlen, was ehr reden soll. Auch dabey stehen und darane sein, damit der vorsprecher solchem seinem befelch nach komme und den nitt uberschritte, wan es auch die noth erfordert, Ihme eintzureden und zu unthersagen hab.«[113]

Die Anklage sollte also genauestens im Sinne Albrechts erhoben werden. Falls der Fiskal Vorbehalte hatte, war er an seine Bestallung zu erinnern. Auch sonst hätten sich geachtete Doktoren in Diensten der Anklage verwenden lassen. Gegebenenfalls konnten auch die Räte, die anwesend sein sollten, den Fiskal beraten.

Ein eingelegtes Blatt, das nach Abschluß des Briefes am gleichen Tag geschrieben und von Albrecht unterzeichnet worden ist,[114] greift nochmals die Überlegungen wegen eines geeigneten Vorsprechers auf, der von Eisleben, Merseburg, Mansfeld oder anderswoher zu holen wäre. Selbst an den der Freundschaft von Schenitz nahestehenden Dr. Georg von Breitenbach († 1540/41), Rat des Herzogs Georg von Sachsen, wurde gedacht. Die Angelegenheit war Albrecht wichtig, »dan tzu grossen Dieben gehoren grosse ancleger«. So erfährt man nebenbei, wie der Kurfürst Schenitz nunmehr einschätzte. Daß eine verwandtschaftliche Beziehung von Breitenbachs zu Schenitz bestand, störte Albrecht nicht, »dan weil man Ime den Fiscal tzu ordnet, kann man Ime woll uff den Wurffel sehen, das ehr nitt anders reden oder setzen mus, dan Ihme entpholen wirdt«. Der Kurfürst war also gewiß, daß das Verfahren in seinem, des Gerichtsherrn Sinne ablaufen würde. Dies war schon angenommene Eindeutigkeit der Umstände sowie der Machtvollkommenheit des Gerichtsherrn gegeben.

Ein Erscheinen des Leipziger Juristen Dr. Georg von Breitenbach sowie von Mitgliedern der Freundschaft von Schenitz erwartete Albrecht angesichts der mit ihnen laufenden Auseinandersetzungen nicht.[115] Würden sie dennoch angetroffen, sollten sie festgenommen und bis auf ferneren Befehl wohl verwahrt werden. Wenn sonst jemand vor Gericht erscheinen und sich Schenitzens annehmen sollte, würde der Fiskal sich schicklich und rechtmäßig zu verhalten wissen. Man wird somit annehmen müssen, daß an Teilnehmern an der Gerichtsverhandlung oder gar irgendwelchen Fürsprechern für Schenitz kein Interesse bestand. Es wur-

113 Ebd, 139v.
114 Ebd, 142r.
115 Von hier an folgt die Darstellung wieder dem ursprünglichen Brief; ebd, 139v.

de jedoch nicht eindeutig gesagt, daß sie ferngehalten worden wären.[116] Offenkundig war, wie damals üblich, ein Verteidiger oder Fürsprecher für Schenitz nicht vorgesehen.[117] Es war allerdings nicht auszuschließen, daß der Kurfürst von Sachsen seine vermeintlichen richterlichen Rechte als Burggraf von Halle geltend machen würde. Aber die Räte würden wissen, wie das zu widerlegen wäre, damit im Ablauf der Dinge keine Verzögerung entstand.

Das Gericht sollte mit Leuten in ihrem Harnisch bestellt werden. Ob der Scharfrichter zu Halle oder Meister Hans von Berlin zur Exekution zu gebrauchen sei, blieb der Entscheidung der Räte überlassen.[118] Mit den Artikeln der Anklage erklärte sich Albrecht einverstanden. Lediglich die Verwendung der Steine und Gitter von einem abgerissenen Ölberg sollte nicht erwähnt werden, weil Albrecht dies erlaubt hatte. Was die Restitution anbetraf, erklärte Albrecht, »das uns an unsern ehren, gelimpff[119] und guthen gerichte[120] mher als am gelde gelegen, deshalben wir In alwege wollen, das Schenitzen sein geburlich recht offentlich ergehen soll«.[121] Die Restitution hoffte Albrecht auf juristischem Wege durchsetzen zu können. Nichtsdestoweniger drang der Kurfürst auf eine nochmalige Anerkennung der Restitution durch Schenitz. Die Erstattung sollte sich auf die Schuldbriefe, die Immobilien und das Mobiliar erstrecken und gegebenenfalls Vorrang vor allen anderen Forderungen an Schenitz haben.

Wie stark Albrechts Interesse an einer Rückerstattung war, geht aus seinen unmittelbar anschließenden Überlegungen hervor:

116 Später verteidigten sich die Statthalter und Räte Albrechts blauäugig, aber im Widerspruch zu Albrechts früheren Anweisungen: »Das aber seine freunde bey solcher rechtfertigung nicht entgegen gewesen sein sollen, wiewol dennoch etliche seiner schwegere dabey gesehen sein worden, das ficht unsern gnedigsten Herrn wenig an, sein Churf. G. kann auch nicht dafür. Denn sein Chur. g. habens niemant vorbieten lassen, das er nicht möchte odder sollte dabey sein, odder da yemandts von den seinen vors gerichte kommen, das er deshalb einiger gefarnus hett besorgen dürffen. Das aber sein Churf. G. oder derselben weltlichen Rethe dieselbe seine freunde zu solcher rechtfertigung hetten laden odder fordern sollen, Das ist sein Ch. G. noch die Rethe zu thun nicht verpflichtet gewesen»; Warhafftiger gegrüntter kegenbericht ..., G1v. Der Prozeß wurde somit zumindest nicht frei von Manipulationen zu Lasten von Schenitz durchgeführt.

117 Vgl. unten Seite 81.

118 Aus dem Gegenbericht von Statthalter und Räten erfährt man später, daß der Scharfrichter von Halle ein Nachbar von Schenitz war und deshalb nicht eingesetzt werden konnte; Warhafftiger gegrüntter kegenbericht ..., K IIIr f.

119 gutem Ruf.

120 Gerücht.

121 Landeshauptarchiv Magdeburg: I Erzstift Magdeburg 2 190, 140r.

»Wyr bedengken auch, wa ehr sieht, da ehr sol gerechtfertigt[122] werden und durch den Beichtvather, der vhil guths bey diesen sachen thun kann, fleissigk erinnert wirdt, das mith unrechtem guthe seinen erben nitt geholffen, das ehr auch eine grosse beschwerung uff seiner Selen damit lassen wurdt etc. Ehr solt sich nachmals der billigkeitt bedenken, Und were guth, wan er sich dareyn begebe und dartzu tzu vormuegen, das ehr denn solchs vor gerichte auch aussaget. Doch wirdt es euch der markt [!] lernen[123], was In dem bey Ihme tzu suchen oder nit tzu suchen sey, und ob das durch den Beichtvather, durch euch oder In andere wege bey Ihme antzuregen. Wyr lassen uns auch gefallen, da Ihme der Guardian tzun Barfussern vor einen Beichtvather tzugeordnet werdt, den werdet Ihr dan woll ferner tzu berichten und tzu instruieren haben.«[124]

An der Beiziehung des Beichtvaters war dem Erzbischof ausgerechnet im Zusammenhang mit der Anerkennung der Restitution durch Schenitz gelegen. Der seelsorgerliche Dienst, der darauf ausgerichtet war, daß sich der Delinquent schuldhafter Belastungen entledigte, scheint vom Erzbischof für seine finanziellen Zwekke instrumentalisiert worden zu sein. Die ökonomische Opportunität schlug dabei bis in die Sprache durch.

Das nachträglich eingelegte Blatt[125] griff auch die seelsorgerliche Begleitung von Schenitz nochmals auf:

»Wyr begern auch gnedig, wan Ir Schenitzen den peynlichen gerichtstagk angekundigt, das Ihr Jhe guthen vleys dabey furwendet, das ehr getrostet und doch woll vorwardt werdt, und das der Beicht Vather soviel desto eher tzu Ihme gelassen, damit er Ihme einen trost einreden, und er sich in den willen gottes soviel geduldiger ergebe und einen andechtigen abschiedt mit erkenthnis seiner sunde seiner selen tzum besten von dieser welth nhemen muge.«

Nachträglich hat der Erzbischof sich also doch noch um die seelsorgerliche Betreuung des Todeskandidaten gesorgt. Daß Albrecht selbst im Blick auf den Tod von Schenitz ein schlechtes Gewissen gehabt hätte, ist nicht zu erkennen. Merkwürdig mutet allerdings noch die Nachschrift auf dem eingelegten Blatt an:

»Wir sehen auch nit vor unbequem ahn, das Meister Hans von Berlin beneben dem Beichtvather Inen getrostet hett, das wyr seindt bericht, das ehr sehr eyn trostlicher man sey, und Ihne villeicht eher dan der beichtvather tzur andacht bewegen mocht etc.«

Albrecht traute den seelsorgerlichen Fähigkeiten des Henkers offenbar mehr zu als denen des Beichtvaters, und es lag ihm an einem »andächtigen« Sterben von Schönitz. Die Erwartung letzter Geständnisse des Delinquenten wurde nicht mehr wiederholt.

122 hingerichtet.
123 lehren:
124 Landeshauptarchiv Magdeburg: I Erzstift Magdeburg 2 190, 140^{v}.
125 Wie oben zu Anm. 114.

Die nachträglich eingeräumten Unterschlagungen im Bauwesen sollte Schenitz wie sein früheres Geständnis gleichfalls unterschreiben.[126] Ferner bestand für den Kurfürsten nach den letzten Verhören von Schenitz Klärungsbedarf hinsichtlich dessen Schulden und Vermögen, zumal die Belege nicht vorlagen. Ein genauer Überblick war offenbar nicht vorhanden. Er läßt sich auch nachträglich schwer gewinnen. Außerdem war der Erzbischof an dem von der Landschaft übergebenen Register seiner Schulden interessiert, das er Schenitz anvertraut hatte. Dort waren angeblich auch Schulden verzeichnet, die Albrecht bei Schenitz hatte, denen der Kurfürst jedoch die Anerkennung versagte. Im Blick auf die Restitution sollte dies noch geklärt werden.

Albrecht dachte selbst an erstaunliche Nebensächlichkeiten:

> »Ihr wollet auch ferner vorordnen, wan ehr vor gericht gestellt und das urthel uber Ime ergangen, das man vor gericht seinen Daumen ringk abnheme, den vormache[127] und verpitzschire und Ins gerichts vorwharung lege, deßgleichen wan er vermuge des urtheils gerechtfertiget[128] das ihme alsdan der Scharffrichter eyn Ketten umbschlahe und Inen damit feste genugk anmache, damitt ehr villeicht uns zu spott nicht abgehawen werdt.«[129]

Wahrscheinlich sollte auf diese Weise der Siegelring von Schenitz gesichert werden. Die befohlene Ankettung des Leichnams am Galgen läßt auf Befürchtungen bezüglich der Reaktion der Öffentlichkeit auf die Hinrichtung schließen.

Am Schluß erklärte sich Albrecht gegenüber den Räten überzeugt,

> »Ihr werdet euch in dieser sachen, daran uns unser gelimpff und sonst vhil gelegen, das beste furwenden und keinen vleiß nach vorsichtigkeith untherlasen, damit das hirInne ergehe und beschehe, das unserer ehren notturfft erfordern thut.«[130]

Neben den Briefen Albrechts an Schenitz ist dieses Schreiben zunächst das für Albrecht aufschlußreichste Dokument in diesem Fall. Seine einzelnen Punkte seien kurz nochmals im Zusammenhang vergegenwärtigt:

Albrecht hat die wesentlichen Entscheidungen über das Verfahren persönlich mitbedacht und getroffen und nicht seinem Regierungsapparat überlassen. So entledigte er sich seines früheren Kämmerers und Agenten, nachdem dieser der Einschätzung Albrechts nach Veruntreuungen begangen hatte. Die früheren Dienste von Schenitz fanden keine Erwähnung mehr. Dem Kurfürsten ging es zuerst

126 Von hier an folgt die Darstellung wieder dem ursprünglichen Brief, 140^{v} f.
127 einschließe.
128 hingerichtet.
129 Landeshauptarchiv Magdeburg: I Erzstift Magdeburg 2 190, 141^{v}.
130 Ebd, 141^{v}. 143^{r}.

um einen befähigten Ankläger, der allerdings vom kurfürstlichen Fiskal eng überwacht werden sollte. Schenitzens Freundschaft oder eine sonstige Verteidigung sollten vom Prozeß ferngehalten werden. Eine Einmischung des sächsischen Kurfürsten galt ohnedies als obsolet. Der Kurfürst machte sich auch Gedanken über einen geeigneten Scharfrichter. Die Präzisierung der Anklage nahm einen Vorwurf zurück. Großes (finanzielles) Interesse ist bis zuletzt an der Restitution der veruntreuten Güter zu erkennen. Sogar die Bestellung des Beichtvaters wurde zunächst mit diesem Komplex verbunden, ohne daß der Erzbischof daran einen Anstoß nahm, und erst nachträglich sachgemäß zurechtgerückt. Der Befehl zur Fixierung des Leichnams durch eine Kette läßt erkennen, daß sich Albrecht der Anerkennung seines Verfahrens keineswegs sicher war. Abschließend benannte der Kurfürst vorrangig seinen »Glimpf«, also seine Reputation, als Grund seines Handelns. Man wird sagen können, daß es dem Kurfürsten bei dem Prozeß gegen Schenitz vorweg um seine direkten Interessen und um seinen Ruf zu tun war. Daß das Recht seinen Lauf nehmen sollte, kam nicht zum Ausdruck; eine Verteidigung des Angeklagten war unerwünscht. Erst nachträglich wurde an den seelsorgerlichen Beistand für ihn gedacht. Daß Albrechts Verfahrensweise in diesem Fall schon damals Kritik nach sich zog, ist nicht weiter überraschend.

Schenitz stellte am 20. Juni noch einen Revers darüber aus, wo sich das Register der Schulden Albrechts, das der Landschaft übergeben und danach Schenitz zugestellt worden war, in seinem Haus befand. Dabei bekannte er, die angeblichen Schulden Albrechts ihm gegenüber bestünden nicht, sondern seien nur Schein.[131] Man wird auch dieses Dokument nicht vorbehaltlos zur Kenntnis nehmen können.

Am Montag, 21. Juni berichteten die Räte dem Kurfürsten darauf,[132] seine Anweisungen hätten sich nicht alle »fadenrecht«[133] befolgen lassen. Sie hätten Schenitz am Vorabend beichten und mit dem heiligen Sakrament versehen lassen. Wegen der Restitution hätten sie nichts erreicht. Am Montagmorgen hätten sie den Pfarrer zu Giebichenstein zu Schenitz gelassen. Dieser habe gefragt, ob seine Freundschaft Kenntnis von der Rechtfertigung[134] hätte »und ym eynen Redner oder Advocaten zugeordnet hetten«. Schenitz wollte nochmals an das Reichskammergericht appellieren. Man eilte darum mit dem Verfahren, weil man durch Herzog Georg von einer neuen Appellation der Freundschaft an das Reichskam-

131 Landeshauptarchiv Magdeburg: I Erzstift Magdeburg 2 190, 149.
132 Ebd, 145 f.
133 schnurgerade.
134 Gericht, Hinrichtung.

mergericht gehört hatte. Deshalb fungierte Wolff Franck aus Halle als Ankläger, außerdem war der Fiskal Mag. Wolfgang Kellner dabei, und als geschickter Prokurator war Ernst Brotuff (1497-1565) von Merseburg Vogt und Richter zugeordnet. Das peinliche Halsgericht tagte morgens (zwischen sieben und) acht Uhr. Schenitz sei »seyner geubten mißhandlung unlauckbar gestendig gewest«. Die Restitution habe er zuerkannt, dann aber doch deswegen gestockt, daß seine Erben alles verlustig sein sollten. Als man ihn zum Galgen brachte, sei er in Verzweiflung gefallen, »das er sich dem bosen Feind ergeben wollen. Doch letzlich zu sich selber komen und nach gestalten sachen ein getrost gut ende genohmen.«

Von dem über Hans Schenitz »wegen eines Betruges von 50/m[ille] fl. gegen den Cardinal-Erzbischof gehegten peinlichen Halsgericht« verfaßte der dabei präsente Wolfgang Kellner ein Notariats-Instrument, als offizielle Dokumentation, das noch weitere Informationen enthält.[135] Der »Anwalt«[136] verlas nochmals das Geständnis. Schenitz sei dadurch »yn die straffe der rechte dadurch gefallen« und solle »mitt dem strange vom leben zum tode gestrafft und punirt werden«. Außerdem wurde Schenitz für schuldig erklärt, das entwendete Geld und Gut samt allen Schäden, Interessen[137] und Unkosten zu erstatten und zu restituieren. Der mit den Usancen peinlicher Gerichte nicht vertraute Schenitz fragte, ob das Urteil eines peinlichen Gerichts wieder aufgehoben werden könne. Der Richter jedoch verlangte eine Antwort auf die Anklage. Schenitz bekannte sich schließlich zu der ganzen Anklage. Darauf fragte der »Anwald« das Gericht nach dem Urteil. Dieses beschied, »das man yne solle hynauß fhuren und an den liechten galgen hengen«. Der Anwalt beantragte darauf noch die Erstattung des entwendeten Guts an den Kurfürsten und bekam sie zugesprochen. »Nach solchem allem hatt der Scharpffrichter Hannsen Schenitz zu dem Galgen gefhurt und gebracht und die wirckliche execution gethan.«

Albrechts Reaktion auf die Hinrichtung liegt vor in seinem wiederum eigenhändig unterzeichneten Brief vom 22. Juni aus Halberstadt auf den Bericht der Räte.[138] Er fand Anerkennung für deren Mühe. Die Fortsetzung ist in mehrfacher Hinsicht aufschlußreich:

135 Landeshauptarchiv Magdeburg: I Erzstift Magdeburg XXX 25 (Pergament). Den Charakter des Notariats-Instruments als vorlegbare Dokumentation bestätigt der Warhafftiger gegrüntter kegenbericht ..., Gr[r]f.

136 Prozeßführer, Ankläger.

137 Zinsen.

138 Landeshauptarchiv Magdeburg, I Erzstift Magdeburg 2 190, 151.

»Möchte leiden, das Hans Schenitz darzu nit so groblich ursach gegebenn, dardurch wir solch Einsehens auch Ir der muhe und arbeitt nit bedurfft hettet. Weil es aber nitt anders hett sein konnenn. Er auch und sein Freundtschafft es vonn anfang baß daher nit anders habenn haben wollenn, so geruhe Gott der sehlen gnedigk zu sein, und Ime seine Sunde und missetadt zu vorzeihen. Und begerenn gnedigklich, das Ir meister Hans von Berlin sein Zerung, soviell er der von Berlin baß kegen Hall gethann [...] sambtt seiner belohnung entrichten und Ine mit eyner ansehnlichen vorehrung abfertigen wollet.«

Die im Urteil zuerkannte Restitution sollte bald exekutiert und der Hausrat von Schenitz inventarisiert werden. Außerdem sollten Anstrengungen unternommen werden, an den Schuldschein zu kommen, den Hieronymus Walther und Konsorten hatten.

Erstmals ist nun auch so etwas wie ein Bedauern Albrechts über den Fall wahrzunehmen. Es gilt aber ebenso Albrecht selbst mit seinen Räten wie dem als fraglos feststehend geltenden Verursacher Schenitz. Dabei ist auch ein gewisser Fatalismus bemerkbar. Dieser verlängert sich zu einem Abschieben der Verantwortung an dem, was passiert ist, auf Schenitz und seine Freundschaft. Es wird unterstellt, sie hätten es miteinander nicht anders haben wollen, angesichts des tatsächlichen Ausgangs ein eigentlich nicht nachvollziehbarer Gedanke. Aber es spricht einiges dafür, daß Albrecht die Verurteilung von Schenitz nicht unbedingt intendiert hat, sondern mit dem Verfahren gegen ihn in eine Zwangsläufigkeit geraten ist, der er sich dann eben nicht mehr entzogen, sondern die er mit bewußtem Willen vollstreckt hat. Die Frage drängt sich auf, ob Albrecht sich durch Schenitz und die Maßnahmen von dessen Freundschaft in die Enge gedrängt fühlte. Weil die Dinge so gelaufen waren, wurden in üblicher Formel die Seele von Schenitz der Gnade Gottes anbefohlen und die Vergebung seiner Sünden erbeten. Immerhin! möchte man dem Kirchenfürsten zustimmen. Aber schon mit dem nächsten Atemzuge verfügte er über Zehrung, Belohnung und Verehrung für den Henker! Und danach war es Albrecht wieder um die Restitution zu tun. So war der Erzbischof offenbar.

Daß Albrecht die Freundschaft von Schenitz für die Zuspitzung des Geschehens zumindest mitverantwortlich gemacht hat, muß auch aus einem Brief von ihm an Anton Schenitz hervorgegangen sein, »das jn der Freundschafft ansuchen [an das Reichskammergericht] hiezu bewogen, damit er sonst uns alle hette zuverschonen wissen«.[139]

Mit der Hinrichtung von Hans Schenitz war sein Fall keineswegs zu einem Ende gekommen, vor allem nicht für Kurfürst Albrecht. Schon die Aburteilung

139 Anton Schenitz: Warhafftiger Bericht, G2r.

außerhalb von Halle mußte das Interesse der Öffentlichkeit auf sich ziehen und fand ihr Echo in mehreren Schilderungen. So kommt der Vorgang auch in dem wenige Jahre später abgefaßten anonymen Bericht über die Reformation in Halle vor.[140] Der gut informierte Anonymus bezeichnete Schenitz als »lybsten dyner und gevatter« des »Bischofs«. Sein »großer prechtiger Mudt und Standt« hätten vor allem Schenitzens Fall bedingt. Noch dem Porträt des mit Hilfe des Kurfürsten geadelten Schenitz, sieht man an, daß er sich wie ein Herr zu geben wußte. Gerühmt werden seine Gaben als Baumeister. Den Adel habe er sich zum Feind gemacht, »und hette ehr soviel gelegenheyt des Bischofs nicht gewust, So mechte er vielleichte noch woll leben«. Der Bischof wollte bei der Hinrichtung nicht in Halle sein, »als er es bestaldt hatte«. Dies stimmt mit den belegbaren Initiativen Albrechts im Zusammenhang mit der Hinrichtung überein. Er kehrte von Halberstadt erst Tage später zurück. Von Albrechts Kaplan, Herrn Johann, wollte der Anonymus gehört haben, daß Albrecht bei der Rückkehr nach Halle ein »vesper mortuorum ... pro defuncto Johann Schantze« gebetet habe. Dies wäre eine christliche und menschliche Reaktion des Erzbischofs gewesen. Seinen Kammerjunker, Herrn Kanitz, habe er auf dem Vorbeiweg zum Galgen geschickt, da habe der Leichnam zu bluten begonnen. Der Bischof sei darüber erschrocken und habe den Vorfall für »eythell Teuffels gespenst« erklärt. Noch der Gegenbericht von Statthalter und Räten sah sich später genötigt, diese effektreiche Geschichte als angebliche Erfindung von Anton Schenitz zu deklarieren und energisch zu dementieren.[141]

Ein weiterer zeitgenössischer Bericht über die Hinrichtung von Schenitz[142] erwähnte gleichfalls das aufwendige Auftreten von Albrechts Baumeister. Abgesehen von der Schilderung der Verurteilung und der Hinrichtung wußte dieser Bericht, daß das Corpus des Gerichteten erst im Februar 1537 vom Galgen gefallen sei – vielleicht eine Folge der angeordneten Fixierung mit der Kette. Außerdem werden vom Augenschein her die damals noch vorhandenen Kleidungsstük-

140 Summarische Beschreibung de anno 1513-1541 bel. Erzbischoff Albrecht zu Maynnz und Magdeburg Regirung, Item was fur erschreckliche todes und dergleichen felle sich mit ezlichen sein Rethen und Dienern zugetragen und wie er seinem treuen Diener Hansen Schenitz gelohnet, Item wie er mit dem Churfursten zu Sachsen des Burggraffthums Magdeburg halber in Irrung gestanden und wie nach seiner Abreise die Lehre des Evangelii zu Halle in vollen Schwang gebracht; Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Geheimes Archiv: Locat. 8948/14, 40^{v}-42^{r} – Papierhandschrift.

141 Warhafftiger gegrüntter kegenbericht ..., K IV^{r}.

142 Zwei Berichte über das traurige Ende des Hans von Schönitz zu Giebichenstein. Provinzialblätter für die Provinz Sachsen 45 (1840), 178 f.

ke beschrieben. Der Leichnam sei »also zerstreut und unbegraben liegen geblieben«. Der Berichterstatter schließt mit einem »Requiescat in pace«.

Der zweite Bericht eines Benedikt Pfannschmidts von Halle, der aber erst in einer Aufzeichnung von 1587 vorliegt,[143] zeigt sich insgesamt wohl informiert. Zusätzlich überliefert er, Schenitz habe nach der Verurteilung vergeblich weiteres Gehör gefordert, »denn es gelte ihm nicht der Haselnuß«. Er habe dann noch wie das Opfer einer Gewalttat »Zeter über Gewalt« geschrieen, dazu geklagt, daß ihm kein Advokat zugestanden worden sei, und sich auf das kaiserliche Kammergericht berufen, sei aber dann doch friedlich verschieden.[144]

Eine heutige Betrachtung der Vorgänge wird sich ihren eigenen Reim machen müssen und sich schwerlich von einer Stellungnahme dispensieren können, auch wenn diese nicht leicht fällt. Aber sonst läßt sich auch die weitere Entwicklung nicht qualifizieren. Hans Schenitz ist von Kurfürst Albrecht zunächst als Kaufmann und dann als sein Diener immer tiefer in dessen finanzielle Machenschaften hineingezogen worden. Dabei ging es nicht immer reell zu, und häufig mußte laviert werden. Zu einer Bereinigung der Verhältnisse kam es nicht, vielmehr entwickelten sie sich zu einer gefährlichen Verstrickung. Möglicherweise aufgrund von Anzeigen ließ der Kurfürst seinen Diener schließlich gefangennehmen. Die Gegenmaßnahmen von dessen Freundschaft mögen den Fall kompliziert haben, obwohl auch ohne dies nicht erkennbar ist, wie Schenitz aus der Verstrickung mit seinem Herrn hätte wieder herauskommen können. Die Fülle der Anklagen gegen den Beschuldigten konnte von der Freundschaft entkräftet und zerstreut werden. Dies gilt offensichtlich auch hinsichtlich der angeblichen Bereicherungen bei den Schuldenaufnahmen. Der Kurfürst war an dem problematischen Geschäftsgebaren höchstselbst beteiligt. Die angeblichen Geständnisse von Schenitz waren erkennbar erzwungen. In die Planung der Verurteilung und der Hinrichtung von Schenitz hatte sich Albrecht ganz persönlich eingeschaltet und war dabei bemüht, kein Risiko hinsichtlich der gewünschten Verurteilung einzugehen. Er mag sich dabei gegenüber dem angeblichen Dieb Schenitz im Recht

143 Zwei Berichte ... 46 (1840), 181 f; 47 (1840), 185 f. Der Bericht stammt aus den kursächsischen Akten und somit vielleicht aus dem Umkreis von Anton Schenitz; Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden: Locat. 8948/20, 41-43). Einzelne Züge, wie der Gesang deutscher Kirchenlieder durch das Volk, bleiben, weil ungesichert, außer Betracht. Auch Schenitz: Warhafftiger bericht ... hat in der Darbietung der Fakten gelegentlich übertrieben.

144 Daß Hans Schenitz »zetter uber gewalt und unrecht geschriehen», erwähnte auch Anthon Schenitz: Warhafftiger bericht, G2r. Ferner wird der später wiederkehrende Vorwurf erhoben, der Kardinal sei »Richter und part [Partei]» gewesen.

gefühlt haben und im Rahmen des damaligen Rechts verblieben sein,[145] jedenfalls wußte Albrecht seine Interessen zu wahren. Daß er in diesem Fall Ankläger, Richter und Vollstrecker auch in eigener Sache war, ließ das damalige Rechtssystem zu. Albrecht füllte seine Rolle als Reichs- und Kirchenfürst in dem großen Zuschnitt aus, der ihm dafür angemessen erscheinen mochte. Dies überstieg freilich seine Mittel, und dadurch geriet er in Schwierigkeiten. Unter deren Druck war er in der Wahl seiner Mittel nicht mehr wählerisch und wurde so für seine Mitarbeiter und Partner gefährlich, hatten sie doch für seine Probleme wie selbstverständlich zu haften. Das christliche Mitleid mit dem Geschick von Schenitz blieb marginal und nachträglich. Eine Beurteilung Albrechts in seinem Verhältnis gegenüber Schenitz kann nur mehrschichtig ausfallen: Formal juristisch scheint das Verfahren noch angängig gewesen zu sein. Geistlich nimmt man Probleme wahr. Persönlich und menschlich kann man eigentlich nicht anders als enttäuscht sein. Das historische Urteil über Albrecht kann von all dem nicht unbeeinträchtigt bleiben.

VI Die Nachgeschichte

Der Fall Hans Schenitz hatte nach der Hinrichtung schon deswegen eine Nachgeschichte gehabt, weil der Kurfürst versuchte, die ihm zuerkannte Restitution durchzusetzen und den Besitz des Verurteilten in Beschlag zu nehmen. Anton Schenitz unterließ es nicht, wirkungsvoll anzuprangern, daß der Kardinal dabei »auch den Megdlein und Kindern jre Puppen, damit sie gespielet, hinweg genomen und meiner alten betagten Mutter zu solchem grossen hertzeleid Jre Gleser und Trinckgeschir nicht gelassen«. Außerdem versuchte der Kardinal, auf den Besitz von Anton Schenitz zuzugreifen.[146]

Schon am 5. November hatte Anton Schenitz dem Kurfürsten einen für den Standpunkt der Schenitz-Familie instruktiven Brief geschrieben.[147] Er bat ihn, von seiner grausamen Ungnade abzulassen.

> »Dan es am tage, das ehr [Hans Schenitz] E. chf. g. vertrauther diener gewesen und mit E. chf. G. willen offtmals zutage und nacht leib und leben gewoget[148]. Auch letzlich daruber uff angebung seiner Myßgunner den Hals ane eines eynigen freundes wissen und beysein unveranttwortt ghar schmelichen hatt lassen mussen, und noch ghar im finstern steckt,

145 Dies wird als Resultat der Beitrags Kiefner zu respektieren sein.
146 Warhafftiger bericht, G3^{r}-H2^{r}.
147 Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Locat. 8948/20, 51 f.
148 gewagt.

worumb sulcher wol vordientter getreuer Diener ßo gar mit schrecklicher ungnade gestraffet. Alßo das auch die gerichtte noch niemandts zu Halle nit erfharen und von vhielen leutten mir die ohren werden voll geplerret, als sey mein lieber Bruder meuchlingen umb fhar[149] seiner dienst umbpracht, den ob wholl vhil sein, die E. chf. G. hierinne das Beste da von Reden, welches ich nitt schuldigk bin zu gleuben. So muß ich ach von vhilen vhil anderst horen. Ob auch E. Chf. g. denselbigen nicht zu gleuben schuldigk, dennoch gehen und pleiben die reden ummer fort und befindet sich gleichwhol In der Copie seiner clagschrifft, die ehr vor sechs, dreyen auch einen Jaren an E. Chf. g. geschrieben, das [unleserliches Wort] Im vielleicht aus eingebung oder warnung vor E. Chf. g. Dinsten gegrauet und im eine solcher Schimpff, hon und schmach daruber zu begegnen geandet und E. Chf. g. zum offtermal um gottes willen gebetten, E. Chf. g. woltten Inen Irer Dienste, geheimnus und zu sich zihens verschonen und seines Handels daheim wartten lassen, dan die anschlege und weise, die zwyschen E. Chf. G. und Ihm vorporgen gewesen (der mir keine bewust und so ehr zu Anttwortt gelassen am besten genuchsam bericht darvon hett zu thun wissen) letzlichen ein boßen ausgangk gewynnen musten. Es haben aber E. chf. g. den armen mhan mit sulchen gnedigen wortten und schrifften wie eur chf. g. zu theil hier Ihne vorwartten[150] Copey ire Chf. g. eigen handschrifft zu erfinden, gereytzet und vermochtt, sich durch niemandt Irren oder abscheuen zu lassen und bey eur Chf. g. ane fhare und sorge zu bleiben.«

Die Zusagen und Versprechen des Kurfürsten hätten aber schließlich dazu geführt, daß Hans Schenitz um Leib und Leben gekommen sei, wodurch er, seine Kinder und sein ganzes Geschlecht »ein ewiger Schantfleck geworden«. Dazu seien die Kinder um ihr Gut gekommen. Der Zweck des Briefes bestand darin, den Kurfürsten dazu zu bewegen, die Witwe und die Kinder nicht zu schädigen. Auch Anton Schenitz hoffte auf eine glimpfliche Behandlung, sonst müsse er sich schützen und schirmen und die Papiere seines Bruders vor dem Ausschuß der Landschaft und vor jedermann publizieren, wie es mit dem »Warhafftigen bericht ...« 1538 schließlich auch geschah.

Bemerkenswert an diesem Brief von Anton Schenitz ist, daß er – unter Absehung von den erhobenen Vorwürfen – die Tragik der Verbindung seines Bruders mit dem Kurfürsten anspricht, aus der jener nicht mehr entkommen konnte. Anton Schenitz hatte für seine Sicht der Dinge Belege. Eine Klärung seines komplexen Verhältnisses zu Hans Schenitz hat Albrecht nie vorgenommen, sonder eher dementieren lassen.[151] Deshalb ist er freilich auch den unguten Verdacht nicht losgeworden, es sei in diesem Falle noch um etwas anderes als um die Bestrafung eines Diebes gegangen. Vom Vorgehen gegen das Vermögen der Familie

149 Gefahr.
150 verwahrten.
151 Warhafftiger gegrüntter kegenbericht ..., G IV^{v} f.

Schenitz hat sich der Kurfürst nicht abbringen lassen. Er hat dafür unter anderem nochmals eine decouvrierende Begründung abgeben lassen:

> »Wir trügen auch nicht zweiffel, da dis ungeschickt, Anthon Schenitz schmehen und jniurjrn verblieben, sein Churf. G. worden als milter Fürst auff vorbitt etlicher Fürsten und anderer frommer leute, die zum offtermal vor die Witwen und kinder geschehen, sich gnediglicher denn Hansen Schenitz verhandlung erzeigt und sich zu gnaden haben bewegen lassen.«[152]

Der Kurfürst bestimmte seinen Gnadenerweis nach dem Verhalten der Gegenseite! Anton Schenitz wurde dazu mit Strafe bedroht und die Veröffentlichung der Briefe Albrechts an Hans Schenitz als Vertrauensbruch und dazu als unbestätigt angeprangert.[153] Anton Schenitz dürfte mit der erneut vorgebrachten Behauptung Recht gehabt haben, der Kardinal hätte die Papiere von Hans Schenitz gerne an sich gebracht, »das er hernach deste besser seinen willen fur das Recht hette dargeben mögen«.[154] Mit seiner Schwäche und seinen Schwierigkeiten ist Albrecht für seinen Diener schließlich lebensgefährlich geworden.

VII Der Fall Schenitz und die Involvierung Luthers sowie der kursächsischen Seite

Der Prozeß gegen Schenitz und dessen Hinrichtung hatten mit der Reformation zunächst nichts zu tun gehabt. Auch Kursachsen war allenfalls als ein dem Erzstift Magdeburg benachbartes Territorium betroffen, in dem es zu Reaktionen auf das spektakuläre Ereignis kam. Zwar konnte man die Gerichtszuständigkeit des sächsischen Kurfürsten in Halle als tangiert ansehen, aber dies wurde vorerst nicht hochgespielt und dürfte auch nicht sonderlich aussichtsreich gewesen sein. Immerhin hielt sich der im Zusammenhang mit dem Fall Schenitz aus Halle geflüchtete Ludwig Rabe als Hausgenosse Luthers in Wittenberg auf. Anton Schenitz, gegen den vorgegangen werden sollte, weil er die Papiere seines Bruders an sich genommen hatte, hatte im kursächsischen Eilenburg Unterschlupf gefunden. Bei der Verteidigung seines Bruders wurde er von Wittenberg aus unterstützt. Dort wurden seine beiden Verteidigungsschriften gedruckt. Außerdem hatten Fürst Georg III. von Anhalt (1507-1553) als Domherr in Magdeburg und Koadjutor des Bistums Merseburg sowie Justus Jonas (1493-1555) als Berater der

152 Ebd, G II^{r}.

153 Ebd, G II^{r} - G III^{r}. Auch Schenitz: Notwehre ..., O1^{v}f, geht auf die negative Reaktion des Kardinals ein.

154 Schenitz: Notwehre ..., O4^{v}; vgl. auch die späteren Bemerkungen von Anthon Schenitz über die mangelnde Rechtlichkeit des Kardinals; ebd, Q4^{r}. R1^{v}f.

anhaltinischen Fürsten ein Interesse an den Vorgängen in Halle. Von diesen weiteren Nachspielen soll hier vor allem die Einmischung Luthers in die Betrachtung einbezogen werden, weil sie ein Teil von dessen Beziehung zu Albrecht von Mainz war. Die Frage, wie sachgerecht Luthers Schrift gegen den Kardinal gewesen ist, ist für die Lutherforschung durchaus erheblich.

Luther hat sich in den Fall Schenitz schon bald nach dessen Hinrichtung mit einem Brief an Albrecht von Mainz selbst vom 31. Juli 1535 eingeschaltet.[155] Er beginnt mit dem nicht eben geläufigen aber gewiß wohlbedachten Wunsch: »Buße und Vergebung der Sünden zuvorn.« Der Anlaß war bezeichnenderweise ein Schreiben Albrechts an Ludwig Rabe in Luthers Haus, das gegen diesen Drohungen erhob wegen seiner Äußerungen über die Hinrichtung von Schenitz. Luther unterstellte – möglicherweise nicht ganz zutreffend –, daß eigentlich er mit dem Schweigegebot gemeint sei. Man erfährt beiläufig, daß sich die Kunde von der Aufsehen erregenden Hinrichtung von Schenitz durch seinen Herrn, dessen Name deswegen »verspeiet und verdampt worden sei«, auch ohnedies in der Stadt ausgebreitet hatte. Luther glaubte der öffentlichen Meinung, die eine Untat Albrechts annahm, und wollte sich dies von »E[uer] C[ardinalischen] H[eiligkeit]« nicht verbieten lassen. Anspielungsreich bekannte er sich als »schwachgläubig [...] in allem, das man wider Hans Schanzen fur seinen Cardinal reden möchte (wiewohl ich derselben noch keinen gehört), auch wohl ohn E.C.H. Ablaß solcher Sünden los werden mag.« Albrecht mußte sich sagen lassen, daß er die öffentliche Meinung, die ihm ein Unrecht gegen Schenitz unterstellte, nicht unterdrücken konnte. Seit der Ablaß-Affäre stand er in einem schlimmen Ruf. Mit der Unterdrückung der Gerüchte in Halle schadete Albrecht seinem Ruf nur noch zusätzlich. Luther kam in diesem Zusammenhang wieder auf die ungeklärte Ermordung Georg Winklers, des Stiftspredigers in Halle, im Jahr 1527 zu sprechen. Seinerzeit hatte Luther deswegen das Domkapitel in Mainz beschuldigt, obwohl das wenig Sinn machte, aber nunmehr wollte er seine Auffassung zu Lasten Albrechts revidieren.[156] Der Brief Albrechts an Rabe sowie die Unterdrückung der Gerüchte in Halle verrieten das schlechte Gewissen des Kardinals. Das Schreiben Luthers Brief lief auf eine Gerichtsansage an Albrecht hinaus.

Das harte, uneinsichtige Verhalten Albrechts gegen die Familie Schenitz brachte Luther noch weiter gegen Albrecht auf. Wohl am 12. Februar 1536 schrieb er ihm deswegen wütend einen weiteren Brief, der das Verhalten Albrechts gezielt mit

155 WA Br 7, 216-219 (2215).

156 Vgl. Martin LUTHER: Tröstung an die Christen zu Halle; WA 23, (390-400) 401-434. In der Tat wird man wohl auch dem Fall Winkler nochmals nachgehen müssen.

extremen Formulierungen anprangerte.[157] Albrecht sollte selbst mit Hilfe adliger und rechtskundiger Personen diesmal nicht einfach davonkommen, wie ihm dies einst im Fall Winkler gelungen war. Luther war nunmehr durch Anton Schenitz darüber informiert, was für die Unschuld von Hans Schenitz und gegen Albrecht sprach, und wollte ihm die Bluttat nicht durchgehen lassen. Er kündigte dem Kardinal deswegen eine Schrift an. Merkwürdig und kaum verständlich ist es, daß Albrecht über die Schärfe des Briefes hinweggegangen sein soll, den Boten belohnt und Luther sogar die Rolle eines Vermittlers in der Angelegenheit angetragen haben soll.[158] Ob dem aber zu entnehmen ist, daß Albrecht seiner Sache einfach sicher oder auf die Härte des Widerspruchs hin höchst unsicher war, muß an dieser Stelle offenbleiben.

Vermittlungsversuche zwischen Anton Schenitz und dem Kardinal, wie sie Fürst Georg von Anhalt unternahm, sollten nach Luthers Meinung als untauglich aufgegeben werden.[159] Auch Justus Jonas warnte er, sich in diese Angelegenheit einzulassen.[160] Im Lauf der Zeit drängte sich der Eindruck auf, daß für die Witwe, die Kinder und den Bruder von Hans Schenitz kein Übereinkommen mit dem Kardinal zu erreichen war.[161] So kam es 1538 statt dessen zur Veröffentlichung des »Warhafftigen berichts ...« durch Anton Schenitz. Versuche, das Erscheinen von Luthers geplanter Schrift gegen den Kardinal zu verzögern oder zu verhindern, gab es mehrfach. Als Angehöriger der Hohenzollerndynastie bemühte sich Herzog Albrecht von Preußen (1490, 1525-1568) mit Botschaften und Briefen darum.[162] Auf dem Fürstentag in Zerbst im Februar 1538 beschäftigte die Angelegenheit die Fürsten des Hauses Hohenzollern gemeinsam. Aber Luther sah sich in diesem Fall nicht in der Lage, auf Standesinteressen Rücksicht zu nehmen.[163] Auch durch eine von Gregor Brück (1485-1557) überbrachte Botschaft von Kurfürst Johann Friedrich ließ er sich nicht mehr von seinem Vorhaben abbringen.[164]

157 WA Br 7, 368-371 (2279).

158 WA TR 4, 79, 7 f (4018); WA 50, 391.

159 Beispielsweise Luther an Georg von Anhalt, 24. Januar 1536, 30. Juni 1536, 17. Juli 1536, 28. August 1536 und 29. September 1536; WA Br 7, 351 f (2288), 457 (3041), 464 f (3046), 513 f (3072). 553 f (3086).

160 WA Br. 7, 526 f (3076), 5. September 1535.

161 Vgl. die Briefe von Justus Jonas an Georg von Anhalt, 28. November und 9. Dezember 1537; Der Briefwechsel des Justus Jonas/ hrsg. von Gustav Kawerau. Bd. 1. Nachdruck der Ausgabe Halle 1884. Hildesheim 1964, 264 f. 266-268 (360 f).

162 WA Br 8, 20 f. 253-256 (3130. 3244), 30. Januar 1537 und 24. Juli 1538.

163 Luther an Albrecht von Preußen; WA Br 8, 261 f (3247), 15. August 1538.

164 27. Oktober 1538; Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden: Geheimes Archiv, Locat. 8948/20,

Wohl im Januar 1539 erschien Luthers Schrift »Wider den Bischof zu Magdeburg, Albrecht Kardinal«.[165] Diese bewußt parteiische und umstrittene Stellungnahme zum Fall Schenitz soll mit dessen Verlauf verglichen werden. Luther fühlte sich durch die biblische Weisung (Pv 24, 11 f) gedrungen, sich für einen zu Unrecht Verurteilten wenigstens nachträglich einzusetzen. Auf den als –nachschnatternde – »Gänsepredigt« qualifizierten Gegenbericht von Albrechts Juristen wollte er sich dabei nicht einlassen, sondern als Theologe schlicht bei der Bibel bleiben. Dem Ansinnen Herzog Albrechts von Preußen, die Hohenzollern-Dynastie zu schonen, begegnete er mit Verständnis: Schwarze Schafe kommen in allen Familien vor. Sie sind darum auch im Hochadel namhaft zu machen. Schon damals hatten Juristen achselzuckend das Argument vorgebracht, mit dem man auch heute wieder bei der Hand sein wird: »Es ist nu geschehen. Man mus Fürsten etwas nachlassen[166] fur andern.«[167] Luther wollte jedoch das Schwachen zugefügte Unrecht so nicht durchgehen lassen. Wo dazu Anlaß bestand, mußte sich auch der Adel Kritik gefallen lassen.

Geschickt und sachgerecht hat sich Luther nicht in die Rolle eines Richters zwischen Hans Schenitz und dem Kardinal drängen lassen, sondern sich als Theologe damit begnügt, Bote der Urteile des höchsten Richters zu sein (Job 31, 13-15). Luther machte den für seine Rechtsauffassung wesentlichen Grundsatz »niemand soll sein eigener Richter sein« auch in diesem das Verhältnis von Herrn und Diener berührenden Fall geltend. Als unwidersprechbar hielt Luther fest: Hans Schenitz habe sich zur Rechnungslegung erboten. Seine Freundschaft hatte sich bereit erklärt, für einen etwaigen Abmangel aufzukommen. Beim Reichskammergericht hatte sie erreicht, daß Schenitz zu gerichtlicher Verantwortung kommen sollte. Auf nichts davon war Albrecht eingegangen. Man muß allerdings einräumen, daß die Offenlegung der Papiere von Schenitz dabei außer Betracht blieb. Aber darin bestand für beide Seiten ein mögliches Risiko, so daß von die-

63. 66. Beiläufig sei darauf hingewiesen, daß es wegen einer notariellen Beglaubigung der im Besitz von Anton Schenitz befindlichen Dokumente einen brieflichen Kontakt Luthers mit Kurfürst Johann Friedrich gegeben hatte, der das Ansinnen jedoch am 6. Oktober 1535 als überflüssig ablehnte; WA 7, 298 (2260). Die Edition vermerkt nicht, daß das abgedruckte Konzept viele Korrekturen enthält, die angeblich für den Sinn unerheblich sind. Eine vollständige Entzifferung der flüchtig geschriebenen Korrekturen ist unterblieben; vgl. Dr. Martin Luther's Briefwechsel/ hrsg. von Ernst Ludwig Enders. Bd. 10. Calw; S 1903, 244f (2326).

165 WA 50, (386-394) 395-431; vgl. das Referat Martin Brecht: Martin Luther. Bd. 3. S 1987, 97-100, dazu auch schon 92-94.

166 zugestehen.

167 WA 50, 397, 34f.

sem Sachverhalt in der Tat abgesehen werden konnte. Auf die von Anton Schenitz mehrfach herausgestellte Willkür Albrechts im Vorgehen gegen Hans Schenitz ging Luther lediglich beißend ironisch ein.[168] Man wird einräumen müssen, daß Albrecht entsprechend den damaligen Rechtsgepflogenheiten selbst durch das Reichskammergericht seine Zuständigkeit als Richter nicht einfach bestritten worden war, wie dies von seiten der Schenitz-Partei geschah. Aber Albrechts Rolle als Richter erschien zumindest aufgrund der früheren geschäftlichen Komplizenschaft mit Schenitz als überaus fragwürdig.[169] Luther versetzte sich präzis einfühlend und gleichsam in einem Wachtraum in eine angemessene Haltung Albrechts:

> »Hans Schenitz hat mir so viel jar trewlich gedienet, mein Hurerey helffen verhelen, meine Büberey und bosheit fur den Leuten stillen, und summa, Er ist mein höhester nothelffer gewest, in schulden und schanden, mehr denn Gott selber. Widderumb hab ich jn vertröstet, mit worten, siegel und Brieven, die nicht Blancketen[170], sondern eigener Hand und Ring sind, das ich wöll sein nothellfer und Gott sein, wider die Landschafft und alle Welt, Denn ich hab jm zugesagt und geschrieben, das ich kann Brücken niddertretten, Datum versetzen, falsche Brieve schreiben, liegen und triegen, wie ich will, darauff er sich verlassen hat.«[171]

Jedenfalls ließ sich bezweifeln, ob Albrecht geeignet war, über strittige Sachverhalte, in die er selbst involviert war, Recht zu sprechen. Die konkreten Vorwürfe gegen Schenitz, beispielsweise der der Geschenkannahme, des großen Aufwands oder überteuerter Geschäfte litten daran, daß sie lediglich auf Behauptungen Albrechts beruhten und daß es ihnen nicht selten an Substanz fehlte. Die offenkundige Problematik von durch Folter erpreßten Geständnissen war Luther sowohl allgemein als auch speziell im Fall Schenitz geläufig. Die Kritik an der Heimlichkeit des Prozesses gegen Schenitz, wobei die Freundschaft ferngehalten wurde, war nicht von der Hand zu weisen.

Abgesehen von seinem Einsatz für die Unrecht Leidenden wollte Luther mit seiner Schrift den Kardinal zur Buße rufen. Luther war sich gewiß, daß sein Zeugnis mehr gelten würde als das des Kardinals. Er drängte auf eine Wiedergutmachung gegenüber der Schenitz-Familie. Er wandte sich gegen »die silbern und gulden Juristen«, die sich zu Handlangern Albrechts gemacht hatten.[172] Für seine Person meinte Luther, die Botschaft des hohen Richters korrekt überbracht zu

168 WA 50, 401-402,8.
169 Luther hat die Bedeutung der diesbezüglichen Briefe Albrechts an Schenitz durchaus erkannt (WA 50, 415, 32 - 416, 10; 417 ,26 - 418, 6).
170 Blankoformulare.
171 WA 50, 421, 14-22.
172 WA 50, 430, 21.

haben und dies auch gegenüber dem Kardinal vertreten zu können. Die harte Kritik an diesem begründete er zuletzt damit, daß Albrecht keine Sünde einräumte und sich damit um die Möglichkeit der Vergebung brachte.

»Wider den Bischof zu Magdeburg, Albrecht Kardinal« war eine scharfe Gegenschrift Luthers zum Fall Schenitz. Man wird ihr zunächst bescheinigen müssen, daß sie in der Sache einen wenngleich damals formaljuristisch nicht fundierten so doch vom inneren Recht gedeckten Standpunkt eingenommen hat. So wie die Dinge standen, hätte Kardinal Albrecht besser nicht als Richter im Kriminalverfahren gegen seinen Diener Schenitz auftreten dürfen. Weder beider früheres Verhältnis noch die Substanz der Anklage erlaubten dies. Der ganze Umfang der Argumente gegen Albrecht war Luther dabei gar nicht bekannt. Daß er als Theologe für einen aufgrund problematischen Rechts Verurteilten aufgetreten ist, gereicht Luther zur Ehre. Die zumeist nicht gewürdigte allgemeine Bedeutung der Schrift liegt in der nochmaligen Herausstellung von Luthers Rechtsprinzipien: Niemand soll sein eigener Richter sein, in der kritischen Gleichbehandlung von Hochgestellten mit dem sonstigen Volk, was das Recht anbetrifft, und in der Problematisierung der Folter. Bei aller Grundsätzlichkeit wird der Blick auf das immer noch konkret Mögliche gewahrt. Geht man davon aus, daß die Hinrichtung von Hans Schenitz umstritten war und Einwände provozieren konnte, dann ist Luthers Schrift dazu ein beachtliches Dokument deutscher Rechtsgeschichte und Rechtstheologie.

VII Eine abschließende Bemerkung zur Persönlichkeit Erzbischof Albrechts von Mainz

Stellt man sich die Frage nach dem Ertrag der Untersuchung, so wird sich dieser hauptsächlich daran messen lassen müssen, was sie für das Verständnis von Kardinal Albrecht erbracht hat. Man wird sagen können, daß sie wesentliche Züge seiner Persönlichkeit zum Vorschein gebracht hat: Die Zugehörigkeit zur Hohenzollern-Dynastie wird gelegentlich ebenso erkennbar wie die Beziehungen zu den Magdeburger und Halberstädter Landständen. Daß Albrecht ein exponierter Repräsentant des Episkopats und des Klerus war, kommt kaum zum Vorschein. Albrechts Kunstliebe sowie seine Bautätigkeit in Halle machen sich hingegen stark bemerkbar, dies freilich in empfindlicher Beziehung zum nervus rerum der benötigten Geldmittel. Diese aufzubringen, machte große Mühe. Dafür mutete Albrecht seinen Dienern äußerste Anstrengungen zu und hielt sie deshalb sogar zu fragwürdigen und unseriösen Machenschaften an. Dies konnte auf die Dauer

nicht gut gehen, auch wenn der Reichsfürst für sich dabei eine Position über dem bestehenden Recht beansprucht haben mag. Im Grunde manövrierte er sich in eine Position der Schwäche, in der er unberechenbar und dann sogar gefährlich reagierte. Das Opfer wurde sein Diener Schenitz, dessen Verurteilung und Hinrichtung Albrecht schließlich umsichtig und zielstrebig organisierte. In die Quere kamen Albrecht nicht nur die öffentliche Meinung oder die Schenitz-Familie, sondern nochmals sein alter Kontrahent Luther, der dem Kardinal die tiefe Problematik seines Auftretens als Reichsfürst, Richter und Christenmensch in diesem Fall vorführte. Zu den starken Gestalten in der Geschichte der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts und der Reformationszeit wird man Kardinal Albrecht trotz der erlangten bedeutenden Position schwerlich rechnen können. Völlig neu ist diese Beurteilung nicht, aber sie bestätigt eine kritische Einschätzung Albrechts. Für die Geschichte Halles und indirekt auch für die dortige Reformation ist sein Wirken gleichwohl positiv wie negativ von erheblicher Wirkung gewesen.

*VIII Zum peinlichen Verfahren gegen Hans Schenitz aus rechtshistorischer Sicht**

Um die Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert hat es in den deutschen Städten und Territorien zwei Arten von »peinlichen Verfahren«, d. h. Strafverfahren,[173] gegeben: den Akkusationsprozeß, der durch die Klage eines Privaten in Gang gesetzt,

* An gedruckten Quellen zugänglich waren mir Anton SCHENITZ: Warhafftiger bericht ...; DERS.: Notwehre ..., sowie Warhafftiger gegrüntter kegenbericht ...; siehe oben Anm. 28-30. Nicht hingegen waren es die oben in Anm. 23 f genannten ungedruckten Materialien im Landeshauptarchiv Magdeburg und im Sächsischen Hauptstaatsarchiv Dresden.

Aus der Literatur zur deutschen Strafrechtsgeschichte sei vor allem hingewiesen auf Wolfgang SELLERT; Hinrich RÜPING: Studien- und Quellenbuch zur Geschichte der deutschen Strafrechtspflege. Bd. 1: Wolfgang SELLERT: Von den Anfängen bis zur Aufklärung. Aalen 1989, 11-40: ausführliches Quellen- und Literaturverzeichnis; 191-211 zur »Erneuerung der Strafrechtspflege im Zeitalter der Reformation und Rezeption«. Gute Dienste leistet auch das HANDWÖRTERBUCH ZUR DEUTSCHEN RECHTSGESCHICHTE (HRG)/ hrsg. von Adalbert Erler und Ekkehard Kaufmann. Bd. 1-5. B 1971-1998. Eberhard SCHMIDT: Einführung in die Geschichte der deutschen Strafrechtspflege. 3., völlig durchgearb. und veränd. Aufl. GÖ 1965, muß für die hier interessierende Epoche zusammen mit den kritischen Bemerkungen von Winfrid TRUSEN: Strafprozeß und Rezeption. In: Strafrecht, Strafprozeß und Rezeption: Grundlagen, Entwicklung und Wirkung der Constitutio criminalis Carolina/ hrsg. von Peter Landau und Friedrich-Christian Schroeder. F 1984, 29-118, gelesen werden; vgl. dazu Sellert: Studien- und Quellenbuch ... 1, 206 f.

173 E[kkehard] KAUFMANN: Peinliche Strafe. HRG 3 (1984), 1574; vgl. auch Johann Christoph ADELUNG: Grammatisch-kritisches Wörterbuch der Hochdeutschen Mundart. 2. Ausgabe. Theil 3. L 1798, 682, zur rechtlichen Bedeutung von »peinlich« noch am Ende des 18. Jahrhunderts.

und das Inquisitionsverfahren, das von Amts wegen eingeleitet worden ist.[174] Der Strafprozeß gegen Schenitz weist Merkmale beider Verfahrensarten auf. Als Inquisitionsprozeß ist er von Amts wegen eröffnet worden, d. h. auf Veranlassung Kurfürst Albrechts von Mainz als magdeburgischem Landesherrn, nicht als Privatmann (ungeachtet des Umstands, daß er private Interessen verfolgt hat). Das zeigt schon der Beginn des Verfahrens mit der Inhaftierung von Schenitz;[175] im Akkusationsprozeß wäre das nicht wohl möglich gewesen. Auch der Fortgang der Sache in Gestalt des langwierigen Ermittlungsverfahrens ist typisch für den Inquisitionsprozeß. Das Verfahren gegen Schenitz ist indes auch geprägt durch ein Charakteristikum des Akkusationsprozesses: er ist »artickels weise«[176] geführt worden. Im Akkusationsverfahren hatte der Ankläger die Tatsachen, die die Strafbarkeit des von ihm Beschuldigten begründen sollten, in einzelnen »articuli« zu behaupten (auch als »positiones« bezeichnet; deshalb Artikelprozeß oder Positionalverfahren). Der artikulierte Prozeß ist mittelalterlicher römisch-kanonischer Herkunft, von Hause aus Zivilprozeß und als solcher Teil der Rezeption der gelehrten Rechte in Mitteleuropa[177] gewesen. Da der Akkusationsprozeß analog dem kontradiktorischen Zivilprozeß strukturiert war – hier Kläger und Beklagter, dort Ankläger und Angeklagter – ließ sich die zivilprozessuale Methode des Artikulierens leicht auf das strafprozessuale Akkusationsverfahren übertragen. Im Inquisitionsprozeß war sie wohl nicht üblich und im Grund ein Fremdkörper, aber doch auch nicht ganz ungebräuchlich: so hat die »Wormser Reformation« von 1498 die Verfahrenseinleitung »von ampts wegen« und »artickels weise« Prozeßführung miteinander verbunden.[178]

174 G[erhard] Buchda: Klage. HRG 2 (1978), 839; ders.: Gerichtsverfahren. HRG 1 (1971), 1555-1557. 1559 f; H[ans] Schlosser: Inquisitionsprozeß. HRG 2 (1978), 378-382.

175 H[einz] Holzhauer: Haftbefehl. HRG 1 (1971), 1895.

176 Warhafftiger gegrüntter kegenbericht ..., CII[r].

177 Zum gemeinrechtlichen artikulierten Zivilprozeß siehe Franz Wieacker: Privatrechtsgeschichte der Neuzeit. 2., neubearb. Aufl. GÖ 1967, 185-187, sowie G[erhard] Buchda: Artikelprozeß. HRG 1 (1971), 233 f. Gegenstand der Rezeption »des römischen Rechts« war nicht das – später so genannte – »Corpus iuris civilis« Kaiser Iustinians (482, 527-565) unmittelbar, sondern das, was die mittelalterliche Jurisprudenz der Glossatoren, Kommentatoren und Kanonisten als Dogmatik daraus gemacht hatte; vgl. Wieacker: Privatrechtsgeschichte ..., 127-131, und H[ans] Kiefner: Rezeption (privatrechtlich). HRG 4 (1990), 970-984.

178 Zur Wormser Reformation siehe Sellert: Studien- und Quellenbuch ... 1, 204-206; J. F[riedrich] Battenberg: Wormser Reformation. HRG 5 (1998), 1536-1538; sowie Wieacker: Privatrechtsgeschichte ..., 194; zu den Stadtrechtsreformationen insgesamt ebd, 189-195 (zu Bedeutung und Herkunft des Begriffs »Reformation« ebd, 190 mit Anm. 2). – Text Der Statt Wormbs

Da das auch im Giebichensteiner Gebiet geltende Magdeburger Recht nie in einer Stadt- oder Landrechtsreformation aufgezeichnet worden ist, es vielmehr auf Gerichtsgebrauch beruhte,[179] kann nicht unmittelbar anhand einer geschriebenen Verfahrensordnung beurteilt werden, ob im Prozeß gegen Schenitz die im magdeburgischen peinlichen Verfahren geltenden Regeln befolgt worden sind. Die Annahme, daß nach ihnen verfahren worden ist, liegt indes nahe, denn es ist kein Grund ersichtlich, warum Albrecht und seine Räte von dem, was im Erzbistum Magdeburg üblich war, sollten abgewichen sein. Vor allem wäre man wohl kaum im umständlichen, auch dem Angeklagten verhältnismäßig günstige Verteidigungsmöglichkeiten bietenden Artikelverfahren[180] vorgegangen, wenn dies nicht Magdeburger Usançen, vielleicht nach dem Wormser Vorbild, entsprochen hätte. Möglich ist es im übrigen, daß einzelne Regelungen der »Constitutio Carolina Criminalis« (CCC; 1532) sinngemäß im Schenitz-Prozeß angewendet worden sind.[181] Von Art. 79, einer Fristvorschrift, ist das im Gegenbericht ausdrücklich hervorgehoben worden: »... nach brauch dieser Landart / auch nach jnnhalt der Newen keyserlichen Peinlichen Halsgerichts ordnung«.[182] Die offenbar als zu umständlich empfundene Artikelmethode hat die Carolina charakteristischerweise nicht mehr vorgeschrieben, weder bei Akkusation, noch bei Inquisition.[183]

Für den Gerichtsstand, d. h. für die örtliche Zuständigkeit des Gerichts, vor dem der Beschuldigte sich zu verantworten hatte, war in der Regel dessen Wohnsitz bestimmend. Das war im Fall Schenitz die Stadt Halle; dort hätte der Prozeß gegen ihn stattfinden *können*. Ob er dort auch hätte stattfinden *sollen*, im Verfahren auf Giebichensteiner Gebiet also eine Gerichtsstandsverletzung gelegen

Reformation/ bearb. von Wolfgang Kunkel. In: Quellen zur Neueren Privatrechtsgeschichte Deutschlands. Bd. I 1/ hrsg. von Franz Beyerle. Weimar 1936, 95-220.

179 G[erhard] Buchda: Magdeburger Recht. HRG 3 (1984), 134-138.

180 Gegen detaillierte Tatsachenbehauptungen konnte sich ein Angeklagter mit mehr Aussicht auf Erfolg zu wehren versuchen als gegen unartikulierte pauschale Beschuldigungen.

181 Vermöge der »Salvatorischen Klausel« in der Vorrede der Constitutio stand es Kurfürsten, Fürsten und Ständen weitgehend frei, ob sie in ihren Territorien die Carolina einführten, oder es beim bisherigen Recht beließen; Sellert: Studien- und Quellenbuch ... 1, 194 mit Anm. 24; W[olfgang] Sellert: Salvatorische Klausel. HRG 4 (1990), 1280-1282. Darüber, daß Albrecht alsbald im Magdeburgischen das neue Strafrecht in complexu eingeführt habe, ist nichts bekannt. Benutzte Ausgabe: Die Peinliche Gerichtsordnung Kaiser Karls V. Constitutio Criminalis Carolina/ kritisch hrsg. von J[osef] Kohler und Willy Scheel. Halle 1900.

182 Warhafftiger gegrüntter kegenbericht ..., F IV^{v}.

183 Sellert: Studien- und Quellenbuch ... 1, 208.

hat, ist damit indes nicht gesagt; der Gerichtsstand des Wohnsitzes war kein ausschließlicher. Am ehesten wird man annehmen können, daß es in der diskretionären Befugnis des Landesherrn lag, vor welches örtliche seiner Territorialgerichte er einen Kammerbediensteten – der, modern gesprochen, in einer Art »besonderem Gewaltverhältnis«[184] zu ihm stand – stellen ließ, zumal dann, wenn es wie hier keine schriftlich fixierten Gerichtsstandsregelungen gab. Möglicherweise hat es auch einen Gerichtsstand des Haftorts gegeben.[185]

Nicht eindeutig zu klären ist, wie das Gericht besetzt, d. h., wer der Richter war, welche prozessualen Funktionen die übrigen Beteiligten wahrgenommen, und welche Schöffen – offenbar Giebichensteiner Bauern – am 21. Juni 1535 an dem Gerichtstermin teilgenommen haben.[186] Da es sich um ein Verfahren gehandelt hat, in dem die Todesstrafe verhängt werden konnte, muß das Gericht ein landesherrliches Hofgericht gewesen sein.[187] Ob dieses in Giebichenstein – zu dessen Amtsbezirk immerhin noch in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts 6 Städte und 72 Dörfer gehörten,[188] wo sich außerdem eine Hinrichtungsstätte mit einem Galgen befand – einen festen Sitz hatte, oder ob das Gericht sich, noch alter Tradition folgend, unter Beiziehung örtlicher Schöffen nach Bedarf von Ort zu Ort begeben, oder es sich überhaupt nur um ein ad hoc installiertes Hofgericht gehandelt hat, muß offenbleiben.[189] Jedenfalls aber kann an der »Legalität« des Gerichts und des Gerichtsstands nicht gezweifelt werden, denn anders hätte das Reichskammergericht in seinem Pönalmandat vom 18. Februar 1535 nicht alternativ auf eine gerichtliche Entscheidung im anhängigen Prozeß gegen Schenitz in Giebichenstein abgestellt.[190]

184 Terminus technicus des modernen Verwaltungsrechts; der Beamte beispielsweise steht in einem solchen Gewaltverhältnis (unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten ist das Institut heute freilich umstritten).

185 Zum Gerichtsstand vgl. J[ürgen] Weitzel: Zuständigkeit der Gerichte. HRG 5 (1998), 1816.

186 Auf diese Fragen gibt möglicherweise die vom Fiskal Wolfgang Kellner aufgesetzte Urkunde (Landeshauptarchiv Magdeburg: I Erzstift Magdeburg XXX 25) Antwort, auf die Brecht oben Seite 63 mit Anm. 135 hinweist; sie war mir nicht zugänglich (siehe oben Anm. *).

187 Zur sachlichen Zuständigkeit der Territorialgerichte Weitzel: Zuständigkeit der Gerichte; F[riedrich] Merzbacher: Hochgerichtsbarkeit. HRG 2 (1978), 174.

188 So Grosses vollständiges Universal Lexicon Aller Wissenschaften und Künste/ hrsg. von Johann Heinrich Zedler. Bd. 10. Halle; Leipzig 1735, 1415.

189 C. Blell: Hofgericht. HRG 2 (1978), 206-209.

190 Siehe oben Seite 50. Sog. Pönalmandate sind in einem summarischen Verfahren, dem Mandatsprozeß, ergangen; dazu Bettina Dick: Die Entwicklung des Kameralprozesses nach den Ordnungen von 1495 bis 1555. Köln; W 1981, 93-96. Daß Akten des Reichskammergerichts über den Mandatsprozeß in Sachen Schenitz nicht vorhanden sind (vgl. oben Anm. 77), erklärt sich

Zur Einleitung eines peinlichen Verfahrens kam es dann, wenn *indicia* bekannt geworden waren, die strafbare Handlungen vermuten ließen (heute spräche man von einem »Anfangsverdacht«).[191] Den Anstoß hierfür könnte in der Tat die diesbezügliche Mitteilung eines Reichsfürsten an Albrecht gegeben haben.[192] Auf den Indizien beruhte dann, im artikulierten Prozeß, der Entwurf der einzelnen Artikel, die als bloße Tatsachen*behauptungen* des Beweises bedurften. Beweismittel waren Augenschein, zu dessen Objekt auch Urkunden zählen konnten,[193] Zeugenaussagen und Geständnis des Beschuldigten. Als vornehmstes Beweismittel – »regina probationum« – galt allgemein das Geständnis;[194] es herbeizuführen war die Funktion der Folter.[195] Mit Schenitzens Geständnissen ist dieses Ziel erreicht worden; weiterer Beweise bedurfte es nicht mehr. Ob Schenitz gefoltert worden ist, kann letzten Endes dahinstehen; die Drohung, ihn zu foltern, mag genügt haben.

Manches spricht dafür, daß Albrecht nicht von vornherein die Absicht hatte, es mit letzter Konsequenz zum »peinlichen« Ende des Prozesses kommen zu lassen. Man kann sein Verhalten so verstehen, daß er zwar von Anfang an ein

damit, daß in einem summarischen Verfahren Prozeßakten nicht angefertigt worden sind; siehe Rudolf SMEND: Das Reichskammergericht. Weimar 1911, 142, Anm. 2; Filippo RANIERI: Recht und Gesellschaft im Zeitalter der Rezeption: eine rechts- und sozialgeschichtliche Analyse der Tätigkeit des Reichskammergerichts im 16. Jahrhundert. Teilbd. 1. Köln; W 1985, 77 (1-17 eine instruktive Übersicht zur archivalischen Überlieferung der Prozeßakten des Reichskammergerichts). Vgl. auch unten Seite 84 bei und in Anm. 211.

191 Sellert: Studien- und Quellenbuch ... 1, 208f; Schmidt: Einführung in die Geschichte ..., 127-129.

192 Siehe oben Seite 47.

193 Einen eigenständigen Urkundenbeweis als solchen scheint es noch nicht gegeben zu haben; vgl. A[lexander] IGNOR: Urkundenbeweis. HRG 5 (1998), 580, m. E. allerdings nicht in allem überzeugend.

194 »Confessio est regina probationum«; vgl. Wolfgang SELLERT; Peter OESTMANN: Hexen- und Strafprozesse am Reichskammergericht. In: Frieden durch Recht: das Reichskammergericht von 1495 bis 1806 [Katalog zur gleichnamigen Ausstellung vom 8. 12. 1994 bis 22. 1. 1995 im Wissenschaftszentrum Bonn, vom 25. 2. 1995 bis 30. April 1995 im Historischen Museum Frankfurt/M.]/ hrsg. von Ingrid Scheurmann. MZ 1994, 328. – Die Hochschätzung des Geständnisses ist alt: schon die römische Antike kannte den Satz »Confessus pro iudicato est«; vgl. Wolfgang KUNKEL: Prinzipien des römischen Strafverfahrens. In: Ders.: Kleine Schriften: zum römischen Strafverfahren und zur römischen Verfassungsgeschichte/ hrsg. von Hubert Niederländer. Weimar 1974, 19-21. Gleichermaßen bedeutsam war die confessio als Anerkenntnis im Zivilprozeßrecht; Dig. 42, 2 [De confessis], 1: »Confessus pro iudicato est, qui quodammodo sua sententia damnatur.«

195 R[olf] LIEBERWIRTH: Folter. HRG 1 (1971), 1149-1152; H[einz] HOLZHAUER: Geständnis. HRG 1 (1971), 1634-1638.

Strafverfahren in die Wege leiten wollte; anders hätte er Schenitz wohl kaum inhaftieren lassen. Ersichtlich lag ihm indes in erster Linie an einem Augenscheinsbeweis durch Beschlagnahme der Geschäftspapiere, die Schenitz im Besitz hatte, und mehr – ob zu Recht oder Unrecht – an Restitution und Schadensersatz, als an Strafe. Wäre ihm dies gelungen, hätte er Schenitz möglicherweise überhaupt laufenlassen, d. h., die Haft aufheben und das Verfahren einstellen lassen, oder es wäre Schenitz wenigstens mit einer vergleichsweise milden Strafe davongekommen. Die entscheidende Verfahrenswende zum Schlechten ist möglicherweise erst als Reaktion auf das Verhalten der »Freundschaft«, d. h. des Anton Schenitz, eingetreten, der dadurch, daß er die Geschäftsurkunden endgültig beiseite schaffte,[196] eine bis dahin noch immer möglich gewesene Augenscheinseinnahme vereitelt hat, mit der Folge, daß man nunmehr unter Androhung der Folter glaubte zum Beweismittel des Geständnisses greifen zu müssen und sich damit selbst unter den Druck eines gewissen Automatismus' des Verfahrens setzte.

Peinliche Verfahren waren zweigeteilt: in die Ermittlungen, formal ein nichtöffentliches »Vor«verfahren, und in den sog. »Endlichen Rechtstag« als das Hauptverfahren.[197] Der Verfahrensschwerpunkt lag eindeutig in der Ermittlungsphase, von mehr oder weniger langer Dauer – im Fall Schenitzens vom 6. September 1534 bis zum 20. Juni 1535. In ihr fiel faktisch die Entscheidung über den Prozeßausgang; an ihrem Ende stand die definitive schriftliche Formulierung der – wirklich oder auch nur vermeintlich – bewiesenen, im Fall Schenitz also der artikelsweise zugestandenen Tatsachen, und des Urteilsentwurfs. Das öffentliche »Haupt«verfahren am 21. Juni 1535 war dann nur noch eine Formalie von – einschließlich der Hinrichtung – wenigen Stunden Dauer, in dem der Angeklagte und praktisch schon Verurteilte so gut wie keine Chance mehr hatte, sich mit Aussicht auf Erfolg zu verteidigen und seine Verurteilung doch noch abzuwenden. Man spricht in der rechtshistorischen Literatur vom »Endlichen Rechtstag« u. a. als »leerer Komödie«, »Schauspiel«, »überflüssiger Formalität«, »Theater des Rechts«;[198] seine hauptsächliche Funktion bestand wohl in der abschreckenden Wirkung auf das gaffende Publikum.[199]

196 Siehe oben Seite 51.

197 Schlosser: Inquisitionsprozeß, 380.

198 Vgl. Sellert: Studien- und Quellenbuch ... 1, 209 mit Anm. 134, Wolfgang SCHILD: Der »entliche Rechtstag« als das Theater des Rechts. In: Strafrecht, Strafprozeß und Rezeption (siehe oben Anm.*), 119-144 mit Anm. 3; vgl. auch unten Anm. 210.

199 Sellert: Studien- und Quellenbuch ... 1, 209 f.

Erfolg, prozeßrechtlich-formal durch den Beistand eines von ihm bestellten Fürsprechers,[200] informell durch den seiner »Freundschaft«, konnte sich ein Angeklagter nur im Ermittlungsverfahren versprechen. Insoweit war Schenitz nicht ohne Hilfe. Zwar war ihm der unmittelbare persönliche Kontakt mit Personen seines Vertrauens verwehrt, vielleicht wegen eingebildeter oder wirklicher Verdunkelungsgefahr. Die »Freundschaft« ist indes ziemlich intensiv tätig geworden; die Räte Albrechts haben sich auf Verhandlungen mit ihr durchaus eingehend, und – wie es scheint – nicht nur zum Schein, eingelassen, was ebenfalls dafür spricht, daß man zunächst einen eher glimpflichen Ausgang des Verfahrens erstrebt hat. Taktiert hat Schenitz' »Freundschaft« – obwohl durch den Dr. Fachs juristisch beraten[201] – letzten Endes freilich nicht glücklich; durch die Beiseiteschaffung der Geschäftspapiere, wie schon bemerkt, möglicherweise sogar verhängnisvoll. Ob im übrigen Schenitz die Beiziehung eines Fürsprechers im Ermittlungsverfahren verwehrt worden wäre, bleibt ungewiß – vielleicht glaubte er, jedenfalls anfänglich, seine Interessen durch die »Freundschaft« ausreichend vertreten, und hat es deshalb unterlassen, rechtzeitig einen Beistand zu beauftragen. Daß ihm nicht von Amts wegen ein solcher beigeordnet worden ist, kann nicht überraschen: das Institut einer vom Gericht anzuordnenden Pflichtverteidigung hat es im frühneuzeitlichen Strafverfahren, in dem Rechte des Angeklagten und deren Schutz ohnehin nur sehr spärlich vorgesehen waren, nicht gegeben.[202]

Die Delikte, deren Schenitz beschuldigt worden ist, lassen sich am ehesten unter die Tatbestände des Betrugs, der Unterschlagung und der Untreue unseres Strafgesetzbuchs subsumieren (§§ 263. 246. 266 StGB). Da sich das magdeburgische

200 Prokurator, nicht Advokat; vgl. W[olfgang] SELLERT: Prokurator. HRG 3 (1984), 2032-2034, und zum Unterschied zwischen Prokurator und Advokat G[erhard] BUCHDA: Anwalt. HRG 1 (1971), 182-191.

201 Zu Ludwig Fachs vgl. [Theodor] MUTHER: Fachs: Ludwig F. ADB 6 (1877), 528-530, Roderich STINTZING: Geschichte der Deutschen Rechtswissenschaft. 1. Abth. M; L 1880, 549, Anm. 4; 551: »der berühmte Ludwig Fachs«.

202 Vgl. Johann Friedrich HENSCHEL: Die Strafverteidigung im Inquisitionsprozeß des 18. und im Anklageprozeß des 19. Jahrhunderts (Diss. Freiburg 1972), 38, zur Carolina. Wenn schon sie noch keine Beiordnung eines Verteidigers kannte, dann erst recht nicht das ältere magdeburgische Recht. Erst nach späterem gemeinrechtlichem Gerichtsgebrauch war bei schweren Verbrechen eine notwendige Verteidigung anerkannt (ebd, 38-46). – »Vonn fursprechen ... uff sein [scil. des Angeklagten] begeren« handelt Art. 88 CCC; es besteht kein Grund zu der Annahme, nach magdeburgischem Recht habe der Angeklagte nicht das Recht gehabt, sich einen Fürsprecher zu bestellen.

materielle Strafrecht dem heutigen Betrachter mangels schriftlicher Aufzeichnung einer zuverlässigen Beurteilung entzieht, läßt sich Genaueres zu exakter rechtlicher Qualifizierung der Schenitz gemachten Vorwürfe nicht sagen (das 16. Jahrhundert war generell, trotz der Fortschritte der Carolina in dieser Hinsicht, von der modernen präzisen Tatbestandstechnik noch weit entfernt). Da es an geschriebenem Strafrecht im Geltungsbereich des Magdeburger Rechts gefehlt hat, wird man annehmen müssen, daß die Gerichte ziemlich frei darin waren, ein Verhalten als strafbar zu qualifizieren.

Was schließlich die verhängte Strafe – den Tod am Galgen – anlangt, so gilt Entsprechendes: Wenn z. B. nach der »fortschrittlichen« Carolina gemäß Artt. 113. 192 »der thätter« für unredliches Geschäftsgebaren in schweren Fällen »zum tod gestrafft werden soll«, so u. a. »Zum feur. ... Zu der Vierteyllung. Zum Rad. ... Zum Erdrencken« und eben auch »Zum Gallgen«, und wenn nach Art. 105 CCC[203] die analoge Anwendung von Vorschriften der Carolina auf in ihr nicht geregelte Fälle zugelassen worden ist, die Verhängung der Todesstrafe nicht ausgenommen (»Analogiegebot«,[204] anstatt des heutigen Analogieverbots) – wenn dem so war, dann kann es nicht überraschen, daß nach zeitgenössischem ungeschriebenen Strafrecht in einem Fall wie dem Schenitzschen, für erwiesen gehaltenes Fehlverhalten vorausgesetzt, ein Gericht nach seinem Ermessen zum Galgen verurteilen konnte und verurteilt hat, ohne daß ihm daraus rechtlich ein Vorwurf zu machen war. Nicht auszuschließen ist es im übrigen auch, daß man sich dabei an Artt. 113. 192 CCC orientiert hat.

Da es sich bei den angenommenen Straftaten um Vermögensdelikte handelte, konnte im übrigen im Strafurteil auch über die zivilrechtlichen Rechtsfolgen – sei es Herausgabe, sei es Schadensersatz – mitentschieden werden.[205]

Abgelaufen ist dann der »Endliche Rechtstag« am frühen Vormittag des 21. Juni 1535 im wesentlichen in der üblichen Inszenierung: Abermaliges Geständnis, Verlesung der bereits schriftlich abgefaßten Entscheidung, Befragung des Gerichts über das Urteil, Exekution der ausgesprochenen Todesstrafe am Galgen.

203 »Vonn Vnbenanten peinlichen fellen vnnd straffenn«.

204 So Friedrich SCHAFFSTEIN: Studien zur Entwicklung der Deliktstatbestände im Gemeinen deutschen Strafrecht. GÖ 1985, 148. (Nachrichten der Akademie der Wissenschaften in Göttingen, Philol.-histor. Klasse; Jg. 1985, Nr. 3, 123-176).

205 Vgl. nur die ausführliche Regelung der Rückerstattung »gestolner oder geraubter habe« an den Verletzten in den Artt. 207-214 CCC. Wenn Restitution und Ersatz im peinlichen Verfahren nicht ohnehin auch nach magdeburgischem Recht möglich waren – was anzunehmen ist –, dann wird man sich im Schenitz-Prozeß insoweit an das Vorbild der Carolina gehalten haben; siehe oben Seite 77 bei Anm. 181.

Einer der schwerwiegendsten Vorwürfe, der dem Kurfürsten gemacht werden konnte, scheint der zu sein, er habe als Richter in eigener Sache gehandelt.

Sensu stricto betrachtet hat er das nicht, denn er ist weder als von Amts wegen fungierender Inquirent und Ankläger, noch als Richter im »Endlichen Rechtstag« aufgetreten. Indes: er hat in eigener Sache das Verfahren mit der Verhaftung Schenitz' einleiten und es mit seinen Instruktionen bis zum bitteren Ende betreiben lassen. In eigener Sache: es waren *seine*, des Kurfürsten Geschäfte, die *sein* Bediensteter geführt hatte, seien sie nun privater Art, oder fiskalischen Charakters gewesen (wobei noch die Frage ist, ob Albrecht zwischen privat und nicht privat überhaupt unterschieden hat). Insofern war der Kurfürst, als Gerichtsherr seines Territoriums, in der Tat »iudex« in re propria.

Unter der Titelrubrik »Ne quis in sua causa iudicet vel sibi ius dicat« enthält der Codex Iustinianus eine Konstitution der Kaiser Valens, Gratian und Valentinian aus dem Jahr 376; C. 3, 5, 1: »Generali lege decernimus neminem sibi esse iudicem vel ius sibi dicere debere. in re enim propria iniquum admodum est alicui licentiam tribuere sententiae.«[206] Bartolus, *die* Autorität der oberitalienischen Jurisprudenz schlechthin – »nisi iurista nisi bartolista« hieß es noch bis ins 18. Jahrhundert hinein[207] – hat die Lex 1 in seinem Codexkommentar folgendermaßen interpretiert: »Hoc intellige verum, nisi in iudicibus qui non recognoscunt superiorem. tunc enim ipsimet iudicent causas suas ... Et ita videmus de facto in civitatibus, quae non recognoscunt superiorem ...«[208] In dieser einschränkenden Auslegung ist C. 3, 5, 1 als communis opinio rezipiert worden, geltend sowohl für die Zivil-,

206 Adressat war der Praefectus urbis Romae; zu dessen Kapitalgerichtsbarkeit Theodor Mommsen: Römisches Strafrecht. L 1899, 273 f. Durch die Aufnahme der Konstitution in den Codex Theodosianus hat sie 438/39 Geltung im gesamten Imperium erlangt; C. Th. 2, 2 [Ne in sua causa quis iudicet], 1: »Promiscua generalitate decernimus ...« Die Kompilatoren des justinianischen Codex haben das in »Generali lege decernimus ...« geändert – eine Interpolation indes ohne sachliche Relevanz.

207 Detlef Liebs: Römisches Recht: ein Studienbuch. 4., verb. Aufl. GÖ 1993, 110. Die Literatur zu Bartolus ist nachgewiesen bei Norbert Horn: Die legistische Literatur der Kommentatoren und der Ausbreitung des gelehrten Rechts. In: Handbuch der Quellen und Literatur der neueren europäischen Privatrechtsgeschichte/ hrsg. von Helmut Coing. Bd. 1: Mittelalter (1100-1500): die gelehrten Rechte und die Gesetzgebung. M 1973, 274.

208 Bartolo da Sassoferrato: In I. Partem Codicis Bartoli a Saxoferrato Commentaria ... Basileae [1588]. Von den Legisten vor Bartolus (1314-1357) ist besonders hervorzuheben die eingehende Kommentierung der Lex 1 durch Cino da Pistoia (1270-1336): Cyni Pistoriensis ... in Codicem ... Commentaria ... Francoforti ad Moenum 1578, nº 5 sq. ad h.l.: »Potestas an poßit punire delinquentem contra se?« Vor allem damit – »quod tota die contingit« – hat sich Cinus breit, über zwei Druckspalten in folio, pro et contra auseinandergesetzt (»potestates« wurden die

wie für die Straf- und die kirchliche Gerichtsbarkeit.[209] Es kam demnach darauf an, ob ein Gericht entweder ein ihm im Rechtsmittelzug übergeordnetes Obergericht hatte, an das gegen ein unzulässiges Urteil des Unterrichters, der verbotenerweise in causa sua entschieden hatte, appelliert werden, oder ob das höherinstanzliche Gericht von vornherein anstelle der unteren Instanz tätig werden konnte. War beides nicht der Fall, war ein Verfahren in eigener Sache nicht unzulässig. Der Grund für diese Restriktion dürfte, auf den Strafprozeß bezogen und auf deutsche Verhältnisse übertragen, darin gelegen haben, daß anders Fälle – nach zeitgenössischem Verständnis – schwerer Kriminalität, wie der Schenitzsche, die in die Zuständigkeit territorialer Hofgerichte fielen, wegen Judizierens des Landesherrn in eigener Sache nicht justiziabel gewesen wären, denn gegen hofgerichtliche Strafurteile gab es damals (1534/35) keine Appellation an das Reichskammergericht,[210] noch war dieses in Strafsachen erstinstanzlich zuständig. Erst durch die Reichskammergerichtsordnung von 1555 ist die Appellation in peinlichen Sachen wegen Nullität des Urteils eines Hofgerichts eröffnet worden.[211]

rectores civitatum genannt). Die Parallele zur Problematik der Situation, in die sich Kurfürst Albrecht hineinmanövriert hatte, liegt auf der Hand; vgl. auch die folgende Anmerkung zur dort zitierten Digestenstelle – ein antikes Analogon.

209 Die Konstitution aus dem Jahr 376 spricht ohne Beschränkung auf den Zivilprozeß vom »iudex« schlechthin. Ihre Aufnahme in Buch II des Codex Theodosianus (vgl. oben Anm. 206) und Buch III des Codex Iustinianus mit jeweils auch strafprozessualem Inhalt bestätigt nur ihre Geltung für die Zivil- *und* Strafjustiz. Für Bartolus war der generelle Normbereich der Vorschrift, unter Einschluß der kirchlichen Gerichtsbarkeit, selbstverständlich: er bezieht sich in seiner Kommentierung ad h.l. zunächst auf zwei Digestenstellen zivilrechtlichen Inhalts. Dann fragt er, »an episcopus possit esse iudex in causa suae Ecclesiae?«, und anschließend »an Potestas possit esse iudex de iniuria facta familiae suae?«, wofür er auf D. 48, 19 [De Poenis], 6, 1 und seine Kommentierung dieser, eine strafprozessuale Frage betreffende Stelle verweist – es geht in ihr darum, ob ein Prokonsul seinen Legaten oder andere hohe, ihm untergebene Funktionäre (comites) strafrechtlich zur Verantwortung ziehen kann (die Distinktionen, die Bartolus dazu getroffen hat, sind hier ohne Interesse). – Die Geschichte des Satzes »Ne quis in causa sua iudicet« lohnte im übrigen eine eingehende Untersuchung.

210 Sellert; Oestmann: Hexen- und Strafprozesse am Reichskammergericht, 328. Das Strafurteil war »enndtlich«, das heißt endgültig, weil durch Appellation nicht anfechtbar und damit rechtskräftig; daher »Endlicher Rechtstag«; vgl. Schild: Der »entliche Rechtstag« ..., 123; [Max] Gottschald: *endlich*. Trübners Deutsches Wörterbuch/ im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft für deutsche Wortforschung hrsg. von Alfred Götze. Bd. 2: C-F. B 1940, 188 bei Anm. 10.

211 Wolfgang Sellert: Nichtigkeitsklage, Nichtigkeitsbeschwerde. HRG 3 (1984), 976. Was es mit einer weiteren nachgeschobenen Klage und einer Appellation der Freundschaft beim Reichskammergericht (siehe oben Seite 50) auf sich hatte, ist nicht recht verständlich: für eine erstinstanzliche Klage war es funktionell nicht zuständig, und eine Appellation setzte die Entscheidung einer unteren Instanz voraus.

Albrecht hat *verfahrensrechtlich* also nicht unzulässigerweise in eigener Sache als Gerichtsherr Justiz geübt. Gesehen hat er, oder haben es vermutlich seine Räte, daß er mit dem Prozeß gegen Schenitz gegen C. 3, 5, 1 verstoßen könnte: wenn er bei Hieronymus Schurff,[212] der Frankfurter Juristenfakultät[213] und dem Magdeburger Schöppenstuhl[214] um Gutachten gebeten hat dazu, ob er gegen seinen Kammerbediensteten gerichtlich vorgehen könne, dann kann das wohl nur die Frage des Verfahrens in re propria betroffen haben. Die Antworten werden, wenn dem so gewesen ist, im Sinn der herrschenden Meinung, das heißt der des Bartolus, ausgefallen sein. Dafür verdiente dann Schurff die Kritik Luthers nicht. Sie, wie die an Albrecht als iudex in causa sua war *rechtlich* nicht begründet, was an seiner metajuristischen Beurteilung des kurfürstlichen Verhaltens, jedenfalls dann, wenn das Urteil ein Fehlurteil war, natürlich nichts ändert.

Die rechtliche Bewertung des Falls reduziert sich damit auf die Frage, ob die gegen Schenitz artikelsweise erhobenen und von ihm zugestandenen Beschuldigungen der Wahrheit entsprochen haben. War dem nicht so, dann handelte es sich bei dem Urteil um ein von Albrecht vorsätzlich herbeigeführtes Fehlurteil, entweder in Kollusion mit seinen Räten, wenn sie die Manipulationen ihres Gerichtsherrn durchschauten, oder, wenn sie selbst von ihm hinters Licht geführt worden sein sollten, darüber hinaus auch ein von ihm erschlichenes.[215] Daß seine Räte bewußt und gewollt, als frühneuzeitliche »furchtbare Juristen«, an der

212 Hieronymus Schurff (1481-1554), 1507-1546 Professor in Wittenberg, kurfürstlicher Rat und Beisitzer des sächsischen Oberhofgerichts, von 1546 an Professor in Frankfurt/Oder, »einer der gesuchtesten Gutachter seiner Zeit«, so Gerd KLEINHEYER; Jan SCHRÖDER: Deutsche und Europäische Juristen aus fünf Jahrhunderten: eine biographische Einführung in die Geschichte der Rechtswissenschaft. 4. Aufl. HD 1996, 509. Zu Schurff (auch Schurf, Schürpf u. ä.) ausführlich Theodor MUTHER: Aus dem Universitäts- und Gelehrtenleben im Zeitalter der Reformation. Erlangen 1866, 178-229. 415-454;. Ernst LANDSBERG: Schurff: Hieronymus S. ADB 33 (1891), 86-90, der seine »juristische Gewissenhaftigkeit« hervorhebt (89).

213 Sie scheint damals nicht gerade bedeutend gewesen zu sein. Stintzing: Geschichte der Deutschen Rechtswissenschaft, erwähnt sie überhaupt nicht, ebenso nicht Wieacker: Privatrechtsgeschichte der Neuzeit, ganz knapp nur Adolf STÖLZEL: Die Entwicklung des gelehrten Richterthums in deutschen Territorien. Bd. 1. S 1872, 106 mit Anm. 143, und unergiebig seine Darstellung über das Berliner Kammergericht und die Frankfurter Universität in DERS.: Brandenburg-Preußens Rechtsverwaltung und Rechtsverfassung: dargestellt im Wirken seiner Landesfürsten und obersten Justizbeamten. Bd. 1. B 1888, 110-146.

214 Zu den Schöffenstühlen siehe F[riedrich] BATTENBERG: Schöffenstuhl. HRG 4 (1990), 1476. Magdeburg scheint damals seine beste Zeit hinter sich gehabt zu haben.

215 Sollte der Kurfürst geglaubt haben, im Recht zu sein, obwohl er es nicht war, dann müßte man – in moderner Terminologie – von einem vermeidbaren, und damit schuldhaften Verbots-

Herbeiführung eines derartigen Fehlurteils mitgewirkt haben, wenn es denn eines war, wird man ihnen allerdings nicht ohne weiteres unterstellen dürfen; dazu müßte man mehr über sie wissen.[216]

Alle sonstigen Gesichtspunkte, die *heute*, und längst schon, Kritik herausfordern – keine förmliche Verteidigung, Geständnis als vorzüglichstes Beweismittel, Drohung mit der Folter, Härte der Strafe – dürften, gesehen im *zeitgenössischen* Horizont, *rechtlich* keine Besonderheit des Verfahrens gegen Hans Schenitz gewesen sein. Im wesentlichen entsprach der ihm gemachte Prozeß nur dem damals Üblichen. Was, aus heutiger Sicht, kritisch zur Carolina gesagt worden ist – ihr Strafprozeß sei, trotz einiger fortschrittlicher Züge, »ein völlig unzureichendes Verfahren«[217] gewesen – gilt ganz allgemein für Strafprozesse jener Zeit.

irrtum sprechen, in dem er sich befunden hat. Ob Albrecht, nach heutigen Kategorien beurteilt, im Fall eines von ihm herbeigeführten Fehlurteils je nachdem als Mittäter oder mittelbarer Täter eines Tötungsdelikts, oder als Anstifter zu ihm zu betrachten wäre, bleibe dahingestellt.

216 Nur über Ernst Brotuff – siehe oben Seite 63 – gibt es einen kleinen Artikel von [Franz Xaver von] WEGELE: Brotuff: Ernst B. ADB 3 (1876), 365 f. Brotuff war Jurist, wird aber wohl nicht eigentlich zu den Räten Albrechts gehört haben. Vgl. im allgemeinen H[einz] LIEBERICH: Gelehrte Räte. HRG 1 (1971), 1474-1477. – Über die Eigenart der antik-mittelalterlichen Textwissenschaft und ihrer Methoden, die an den oberitalienischen, französischen und zuletzt auch deutschen Rechtsfakultäten gelehrt worden ist und aus den das ius utriumque studierenden Scholaren »gelehrte« Juristen, »Bartolisten« (siehe oben Seite 83 bei Anm. 207), und dadurch zu Trägern und Vollstreckern der Rezeption gemacht hat, vermögen die Bemerkungen zu Bartolus und oben in den Anm. 208 und 209 einen zulänglichen Eindruck natürlich nicht zu vermitteln, aber doch wenigstens darauf hinzuweisen, vor welchem Bildungshorizont auch die Räte des Kurfürsten, Schurff, Fachs, Brotuff und andere zu sehen sind, nicht allerdings wohl die Magdeburger Schöffen.

217 Sellert: Studien- und Quellenbuch ... 1, 211.